

Protokoll der 8. ausserordentlichen Sitzung

**Montag, 18. Januar 2016, 19.30 - 23.50 Uhr,
im Gemeindesaal**

Vorsitz

Martin Gysi, Präsident

Protokollführerin

Sonja Büchli, Vize-Gemeindeschreiberin

Stimmzähler

Michel Huggler
Heidi Niedermann

Präsenz

Es sind 39 Ratsmitglieder anwesend.

Entschuldigt ist Donovan Wyrsch.

Traktandenliste

1. Inpflichtnahme von Salahaddin Al Beati, Raphael Donati und Remo Müller anstelle der zurückgetretenen Mitglieder Lilian Dürr, Sonja Füllemann und Dieter Ruf
2. Antrittsrede des Einwohnerratspräsidenten
3. Budget 2016
4. Eingänge
5. Verschiedenes

Inpflichtnahme von Salahaddin Al Beati, Raphael Donati und Remo Müller anstelle der zurückgetretenen Mitglieder Lilian Dürr, Sonja Füllemann und Dieter Ruf

Salahaddin Al Beat, Raphael Donati und Remo Müller werden anstelle der zurückgetretenen Lilian Dürr, Sonja Füllemann und des zurückgetretenen Dieter Ruf vom Ratspräsidenten vorschriftsgemäss in Pflicht genommen.

Antrittsrede des Präsidenten

Der Präsident, Herr Martin Gysi, hält folgende Antrittsrede: Von Mark Twain stammt folgendes Zitat: "Das menschliche Gehirn ist eine grossartige Sache. Es funktioniert bis zu dem Zeitpunkt, wo du aufstehst, um eine Rede zu halten." Ich möchte dem beifügen, dass es eigentlich nur bis zu dem Zeitpunkt funktioniert, wo man besagte Rede schreiben will. So ist denn während der Vorbereitung dieser Rede, als ich nach einem passenden Thema suchte, mein Bildschirm ziemlich lange blitzblank weiss geblieben, während sich in meine Kopf die dunklen Grautöne breitgemacht haben.

Dabei liegt ja ein Thema auf der Hand, schliesslich sind wir heute zu einer ausserordentlichen Sitzung zusammengerufen worden. Grund ist, dass der Souverän, das Buchser Stimmvolk, das Gemeindebudget mit einer deutlichen Mehrheit abgelehnt hat. Dies, nachdem der Einwohnerrat das Budget nach ausführlicher Diskussion noch angenommen hatte. Wenn auch sehr knapp, bleibt hinzuzufügen.

Dieser Vorgang ist absolut legitim und entspricht der Grundüberzeugung der schweizerischen Demokratie, dass nämlich das Stimmvolk in allen wichtigen Fragen das letzte Wort haben kann.

Dennoch regt es natürlich zum Denken an: Wir, die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, sind schliesslich gewählt, um im Parlament die Vielfalt unserer Bevölkerung abzubilden. Zwar sollte jeder Einzelne für seine eigene, persönliche Meinung eintreten und diese so im Rat einbringen, doch daraus müsste sich dann in der Summe die Meinung der Bevölkerung ergeben - oder nicht? Sollten wir etwa in Buchs eine abgehobene "classe politique" habe, welche die Anliegen der Bevölkerung nicht kennt und an deren Bedürfnissen vorbeipolitisiert?

Nein, soweit ist es nicht, meiner Meinung nach. Aber ich meine, dass wir das Wort Volksvertreter in beide Richtungen verstehen: Die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte vertreten nicht nur das Volk im Parlament. Wir nehmen uns auch viel Zeit, um uns zu informieren und eine fundierte Meinung zu den verschiedenen Geschäften zu bilden: In Fraktionssitzungen, Kommissionen und schliesslich im Rat selber. Daher haben wir auch einen Wissensvorsprung auf die Bevölkerung. Und deshalb meine ich, dass wir auch die Verpflichtung haben, unser Wissen weiterzugeben und unsere Meinungen und Beschlüsse gegenüber dem Volk zu vertreten.

Dies kann auf vielfältige Weise gemacht werden und wird auch gemacht: Über Informationsveranstaltungen, Leserbriefe, Zeitungsmeldungen, Facebook-Posts oder im persönlichen Gespräch mit der Nachbarin oder dem Kollegen im Verein. Es spielt auch keine Rolle, ob man mit seiner Meinung im Rat obsiegt hat oder unterlegen ist. Wichtig ist, dass man bei den Fakten bleibt, aber seine Meinung vertritt. Dass alle ihre Meinung kundtun und vertreten! Schliesslich soll das Stimmvolk seine Entscheide auf einer ebenso guten Grundlage fällen können, wie wir das tun.

Wenn wir so die Debatte aus dem Rat nach aussen tragen, leisten wir einen Beitrag, um das Interesse an der lokalen Politik zu wecken und aufrecht zu erhalten. Damit schliesslich ein möglichst grosser Teil der Bevölkerung als Stimmvolk, als abstimmendes Volk, seiner Meinung Ausdruck gibt. Und so selber immer wieder Verantwortung übernimmt an der vielfältigen Gemeinschaft, welche unsere Demokratie ausmacht.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen, liebe Volksvertreterinnen und Volksvertreter, viel Energie, Mut und Freude an der politischen Arbeit innerhalb und ausserhalb des Einwohnerrats.

Budget 2016

Herr Beat Spiess, Präsident der FGPK (erläutert seinen Vortrag mit einer Präsentation): Am 22. November 2015 hat der Buchser Stimmbürger das vom Einwohnerrat beschlossene Budget 2016 mit einem Steuerfuss von 102 % im Verhältnis 60.5 % zu 39.5 % abgelehnt. Aus diesem Grund hat der Gemeinderat mit Unterstützung der Gemeindeverwaltung den alten Entwurf überarbeitet. Was kam dabei raus? Vor allem korrigierte Werte: ein reduzierter Beitrag der Kreisschule und Neuschätzungen von Steuereinnahmen der kant. Steuerverwaltung. Mit welchen Vorgaben hat der Gemeinderat die Verwaltung beauftragt? Er wollte, dass sämtliche Budgetposten überprüft werden und das Einsparpotenzial aufgezeigt wird. Er wollte mögliche Ertragsanpassungen kennenlernen, dies jedoch ohne Änderungen der Rechtsgrundlagen. Folgende Themen wurden nicht angetastet:

- Personal-Abbau, Reduktion Stellenplan
- Vereinsbeiträge - Abschaffung oder Reduktion
- Kostenlose Nutzung von Schulanlagen durch Vereine - Streichung der Abgeltung an die Kreisschule
- Kommissionen - Auflösung
- Gemeindeverträge - Kündigung
- Verbandslösungen - Kündigung

Die Differenz, die entstanden ist, wurde ihnen allen mit einem Informationsblatt (grün) zugestellt. Ich möchte gerne auf einzelne Posten summarisch zurückkommen: Von der Kreisschule wurden zum einen neue Zahlen vorgelegt aufgrund eines angepassten Budgets, zum anderen aufgrund Änderung in der Benützung der Schulanlagen. Der Kanton hat ebenfalls neue Schätzungen vorgenommen. Hier ist der grosse Ertragsverlust bei den allgemeinen Gemeindesteuern zu erkennen, aber auch bei Gewinn- und Kapitalsteuern von juristischen Personen. Ebenfalls hat der Gemeinderat von sich aus Anpassungen vorgenommen. Es sind Kürzungen oder Ertragssteigerungen. Am Ende des Informationsblatts erkennt man die Differenz im Steuerertrag zwischen dem 1. Budget mit einem Steuerfuss von 102 % und dem jetzt vorgeschlagenen Budget mit einem Steuerfuss von 100 % sowie Anpassungen von Sondersteuern. Dies sind angepasste Schätzwerte. Ebenfalls wurden Projektierungshonorare gekürzt. Die effektiven Einsparungen betragen somit rund Fr. 115'000.--. Man stellt fest, dass der Einfluss der anderen Positionen, vor allem der aktualisierten Zahlen, viel grösser ist. Deshalb gibt es effektiv keine Ersparnisse, sondern eine Verschlechterung des ganzen Budgets um 1.2 Mio. Franken.

Was hat der neu vorgeschlagene Steuerfuss für einen Einfluss auf wichtige Zahlen?

Es bleiben Nettoinvestitionen für die nächsten 4 Jahre von 20.5 Mio. Franken bestehen. Bei der Verschuldung entsteht ein neuer Betrag von 30.6 Mio. Franken am Ende der nächsten 4 Jahre. Bei den Schulden liegen wir bei 37.6 Mio. Franken und bei der Nettoschuld am Ende der nächsten 4 Jahre bei 25.3 Mio. Franken. Bei der Nettoschuld pro Einwohner liegen wir bei Fr. 3'200.--. Es wäre ein Kapitaldienst von Fr. 400'000.-- pro Jahr zu leisten und der Eigenkapitaldeckungsgrad würde nur noch bei 230 %, die Selbstfinanzierung bei 3 % und der Selbstfinanzierungsgrad für die kommenden 4 Jahre bei lediglich bei 0.75 % liegen.

Ein paar Eckdaten zur Rechnung: Bei der Erfolgsrechnung liegen wir mit dem neuen Budget bei einem negativen Resultat von 2.2 Mio. Franken, bei der Investitionsrechnung bei einem negativen Resultat von 7 Mio. Franken.

Fazit

Die FGPK hat alle Punkte diskutiert und ist ebenfalls zur Erkenntnis gekommen, dass sich die Steuerprognosen verschlechtert haben, dass zwei sehr gewichtige Firmen weggezogen und damit in Buchs nicht

mehr steuerpflichtig sind und es im nächsten Jahr bei einer Unternehmung sogar zu einer erheblichen Rückzahlung von provisorischen Steuern kommt. Wir haben die ganze Situation beraten und sind zum Schluss gekommen, dass die Kommunikation besser hätte erfolgen können. Beim jetzt zur Annahme vorgeschlagenen Budget ist festzustellen, dass viel besser kommuniziert werden muss. Und zwar stehen auch wir alle in der Pflicht. Nicht nur die Gegner der Vorlage sondern auch die Befürworter. Auch diese sollen eintreten für ihre Meinung und diese dem Publikum und in der Presse kundtun.

In der Schlussberatung des revidierten Budgets 2016 stellte Werner Schenker folgenden Antrag:
Der Steuerfuss sei für 2016 auf 104 % zu erhöhen.

Gegenüberstellung des Antrags von Werner Schenker

Der Steuerfuss sei für 2016 auf 104 % zu erhöhen.

und des Antrags des Gemeinderats

Der Steuerfuss sei für 2016 auf 100 % zu erhöhen.

Der Antrag des Gemeinderats obsiegte mit 7 : 1 Stimmen.

In der Schlussabstimmung wurde das Budget 2016 mit einem Steuerfuss von 100 % mit 7 : 1 Stimmen (bei 8 Anwesenden) gutgeheissen.

Ich hoffe, der Rat wird den Überlegungen der FGPK folgen.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat mit 7 : 1 Stimmen (bei 8 Anwesenden), das Budget 2016 bei einem Steuerfuss von 100 % sei gutzuheissen.

Herr Gemeinderat Tony Süess (erläutert seinen Vortrag mit einer Präsentation): Sie haben schon sehr vieles gehört von Beat Spiess. Ich wollte teilweise die gleichen Dinge erläutern wie er und werde deshalb das eine oder andere überspringen. Der Gemeinderat beantragt für das Budget 2016 einen Steuerfuss von 100 %. Die Überlegungen, was wir nicht angetastet haben bei der erneuten Überarbeitung, hat Beat Spiess bereits erwähnt. Der Gemeinderat hat die aktuellsten Veränderungen und Einflüsse seit Sommer 2015, die dem Gemeinderat bekannt wurden, sowohl auf der Aufwand- als auch auf der Ertragsseite, einfließen lassen. Nochmals im Vergleich 1. Budget zum nun revidierten Budget: der massive Rückgang der Steuererträge im Bereich Unternehmenssteuer von - 1.3 Mio. Franken und im Bereich natürliche Personen von - 0.3 Mio. Franken. Bei den Unternehmenssteuern sind die schlechten Prognosen auf wirtschaftliche Gründe zurückzuführen, wie Milderung von Gewinnsteuertarifen und die Korrektur der provisorischen Rechnung eines Unternehmens. Mehrerträge/Verbesserungen: Erhöhung Eigenmietwert per 1. Januar 2016 Fr. 120'000.--. Bei den Kürzungen/Verschiebungen des Aufwands durch den Gemeinderat konnten Fr. 102'000.-- eingespart werden. Ertragssteigerungen Fr. 65'000.--. Die Folge all dessen ist eine Verschlechterung des Ergebnisses. Im 1. Budget wurde ein Minus von 1.142 Mio. Franken prognostiziert, nun liegen wir bei einem Minus von 2.419 Mio. Franken.

Schlussfolgerungen des Gemeinderats:

- Eine Kompensation des massiven, wirtschaftlich bedingten Rückgangs der Steuern ist durch Kürzungen, Einsparungen oder Verschiebungen auf der Aufwandseite nicht annähernd machbar.
- Ein unveränderter Steuerfuss von 97 % ist nicht realistisch. Die beantragte Erhöhung von 3 % reicht für eine nachhaltige finanzielle Entwicklung der Gemeinde nicht aus. Eine weitere Erhöhung wird notwendig und unumgänglich sein.

- Um nicht zu provozieren, hat der Gemeinderat nach der Budgetrückweisung keinen höheren Steuersatz beantragt.
- Investitionen müssen getätigt werden können, da ein Hinausschieben zu Schäden führt, welche für die Gemeinde noch höhere Ausgaben zur Folge haben werden.

Ich möchte noch einige Zahlen der provisorischen Rechnung 2015 bekanntgeben:

Bei den Unternehmenssteuern ist ein Rückgang von 1.5 Mio. Franken gegenüber dem Budget 2015 zu verzeichnen und 1.1 Mio. Franken gegenüber der Rechnung 2014. Man sieht, wohin das Pendel ausgeschlagen hat. Bei den natürlichen Personen haben wir einen Rückgang von Fr. 320'000.-- gegenüber dem Budget 2015. Die aktuelle Verschuldung per Ende 2015 beträgt 7 Mio. Franken. Voraussichtliche Verschuldung per Ende 2016: 14.7 Mio. Franken.

Mögliche Szenarien

- A) Genehmigung des Budgets/Steuerfusses durch den Einwohnerrat und Annahme an der Volksabstimmung vom 28. Februar 2016. Das Wunschscenario des Gemeinderats.
- B) Ablehnung des Budgets/Steuerfusses durch den Einwohnerrat = Regierungsrat entscheidet über Budget und Steuerfuss
- C) Ablehnung des Budgets/Steuerfusses an der Volksabstimmung vom 28. Februar 2016 = Regierungsrat entscheidet über Budget und Steuerfuss

Eine Rückweisung des Budgets durch den Einwohnerrat oder die Bevölkerung muss unter allen Umständen verhindert werden, ansonsten diktiert uns der Regierungsrat den Steuerfuss, wir stehen vorerst ohne Budget da und sind in unserer Handlungsfähigkeit massiv eingeschränkt.

Uns ist klar, eine Kompensation des massiven, wirtschaftlich bedingten Rückgangs der Steuern ist durch Kürzungen, Einsparungen oder Verschiebungen auf der Aufwandseite nicht annähernd machbar. Es wird an uns liegen, zusammen mit euch und anderen Interessensvertretern der Gemeinde an einem Round Table zusammen nach Lösungen zu suchen, so dass die grosse Lücke gefüllt werden kann.

Herr Ueli Kohler: Es hiess in deinem Vortrag, die Reduktion des Steuerfusses würde Fr. 300'000.-- ausmachen. Nach meiner Berechnung macht die Reduktion des Steuerfusses Fr. 180'000.-- aus.

Herr Gemeinderat Tony Süess: Fr. 300'000.-- (Ertragsrückgang vom 1. Budget zum revidierten jetzigen Budget) sind in der Gemeinde Buchs 2 Steuerprozent. Dieses Geld fehlt. Auf der anderen Seite kommen von natürlichen Personen Fr. 120'000.-- von der Erhöhung des Eigenmietwerts dazu. Dies ergibt ein Minus von Fr. 180'000.--.

Herr Ueli Kohler: Was würde passieren, wenn der Einwohnerrat heute das Budget mit einem Steuerfuss von 97 % annimmt. Was wären die Auswirkungen?

Herr Gemeinderat Tony Süess: Die Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen würden um weitere rund Fr. 450'000.-- zurückgehen. Das negative Ergebnis würde von den - 2.4 Mio. Franken auf fast - 3 Mio. Franken steigen. Auch bei diesem Szenario würde eine Volksabstimmung nötig.

Diskussion

ALLGEMEINE BEMERKUNGEN ZUM BUDGET

Frau Franziska Lüscher: Ich möchte die Haltung der SP Buchs zum revidierten Budget 2016 bekannt geben. Alle Welt, inkl. der Gemeinderat Buchs, will auf der gleichen Welle fahren und diese heisst Land auf Land ab sparen, sparen, sparen. Sachzwänge und äussere Umstände, tiefere Steuereinnahmen, eine höhere Anspruchshaltung der Bevölkerung, Abwälzung von wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben Seitens des Kantons an die Gemeinden usw. zwingen uns dazu Leistungen abzubauen um das Budget in allen Bereichen möglichst klein zu halten. Mit dem Kerngedanke des Sparens oder wie man es in einem Leserbrief lesen konnte "mit Sparwillen" hat das jetzige Budget 2016, wie es vom Gemeinderat überarbeitet wurde, nicht viel zu tun. Die finanzielle Lage der Gemeinde wird das Sparen leider noch für lange Zeit verunmöglichen. Deshalb findet die SP Buchs wichtig, dass im Budget 2016 vor allem auf Nachhaltigkeit gesetzt wird. Mit dem vom Gemeinderat vorgelegenen Budget sind wir auch von Nachhaltigkeit meilenweit entfernt. Obwohl wir wissen, dies legt uns der Gemeinderat eindrücklich und glaubhaft in seinen Ausführungen dar, dass das neue Budget 2016 noch ein grösseres Defizit aufweisen wird als das alte, schlägt er einen tieferen Steuerfuss vor und erklärt dieses Vorgehen mit politischer Machbarkeit. Wir fragen uns, ob dies der richtige Weg ist. Wenn wir den vorgelegten Zahlen Glauben schenken wollen, und ich wüsste nicht, weshalb wir dies nicht tun sollten, geht doch kein Weg an der Erhebung von Mehreinnahmen vorbei. Ist es nicht fairer, diesen Weg mit einer realistischen Steuererhöhung einzuschlagen als mit der Erhöhung von Gebühren, mit dem Verschieben von gewissen anstehenden Investitionen oder mit dem Abbau von sozialen und kulturellen Dienstleistungen? Vielleicht sollte die Bevölkerung, mit kurzen, piiffigen und klar verständlichen Argumenten für die desolate Finanzlage sensibilisiert werden. Dabei sollten auch Leistungen, die der Bevölkerung oder einem Teil davon zugutekommen, positiv herausgestrichen werden: Stillgeld, Kulturbeitrag, Kindernetzwerk, Bibliothek, Abfallentsorgung usw. Ein Selbstfinanzierungsgrad im 2019 von 3 % macht uns wirklich Sorgen. Wir werden darauf am Ende der Budgetdiskussion zurückkommen.

Herr Hans Hartmann: Ich möchte gar nicht auf die Diskussionen über den Steuerfuss eingehen, ob nun 100 % realistisch und 97 % eine Zwängerei ist. Wenn man diese Zahlen gehört hat, die Tony Süess erläutert hat, dann ist wohl jedem im Saal vermutlich klar, dass gespart werden muss. Jetzt können wir doch nicht kommen und sagen, wir müssen die Ausgaben halt trotzdem erhöhen. Sparen, sparen, sparen ist angesagt. Unabhängig ob Geld reinkommt, ob es genügt oder nicht, aber zuerst muss gespart werden. Ich möchte euch bitten, wenn wir auf einzelne Posten eingehen und Sparanträge stellen, dass ihr nicht parteipolitisch denkt, sondern überlegt, ob es hier nicht sinnvoll ist, zu sparen, ob dies wirklich nicht eine Leistung ist, auf die man nicht verzichten kann. Dies müsste der erste Gedanke sein. Ich appelliere an die Vernunft.

Herr Dimitri Spiess: Ich möchte Hans Hartmann darauf aufmerksam machen, dass wenn Franziska Lüscher bzw. wir vom Sparen reden, gemäss Bedeutungswörterbuch davon sprechen, "etwas für die Zukunft auf die Seite zu legen". Wir machen das Gegenteil. Wir machen Schulden. Wenn ihr vom Sparen spricht, meint ihr Leistungsabbau. Wenn ich vom Sparen sprechen, dann spreche ich von Mehreinnahmen, damit wir für die Zukunft etwas auf die Seite legen, künftige Schulhäuser und andere Dinge beschaffen/sanieren können, die für die Gemeinde wichtig sind.

Herr Werner Schenker: Das Budget rechnet, zugegeben im schlimmsten Fall, mit einer Verschuldung von mehr als 30 Mio. Franken bis Ende 2019. Dies gibt pro Jahr eine Summe von ungefähr 7.5 Mio. Franken. Diese Zahl hat uns Tony Süess vorher präsentiert. Dies sind jedes Jahr 7.5 Mio. Franken, die den Schuldenberg weiter belasten. Dies ergibt pro Tag rund Fr. 20'500.-- (linear gerechnet) Mehrschulden. Aus diesem Grund halten es die Grünen Buchs für völlig falsch, in diesem Budget bei einzelnen Positionen sparen zu wollen. Dies wäre eigentlich lächerlich, wenn man sich diesen Schuldenberg vorstellt. Wir bitten

euch deshalb, das Problem als Ganzes zu sehen und mitzuhelfen, nach Lösungen zu suchen. Wir möchten nicht, dass die heutige Sitzung zu einem Feilschen um Mikrosummen verkommt.

Herr Urs Knecht: Wir von der CVP werden Ja sagen zum Budget und zum Steuerfuss von 100 %. Trotzdem erlaube ich mir einige Bemerkungen. Das vorgeschlagene Budget rechnet mit einem Defizit von 2.4 Mio. Franken, also 1.3 Mio. mehr als in der 1. Version. Nur knapp 25 % oder Fr. 300'000.-- entstehen infolge der Reduktion des Steuerfusses von 102 % auf 100 %. Der Rest sind andere Gründe, die dazu führen, dass das Defizit noch grösser wird. Ziel muss es sein, möglichst bald wieder ein ausgeglichenes Budget präsentieren zu können. Wenn man nun eine Milchbüchli-Rechnung macht und sagt, 1 Steuerprozent generiert Fr. 150'000.-- Steuern, dann würde dies heissen, dass man den Steuerfuss auf 116 % erhöhen müsste um dieses Ziel erreichen zu können. Eine solche Erhöhung ist unrealistisch und hätte bei der Bevölkerung keine Chance. Was will ich damit sagen? Es braucht nebst der Steuererhöhung zwingend andere, wirklich substanzielle Massnahmen. Dies auf der Kosten- und Ertragsseite. Ich bitte den Gemeinderat und alle hier im Raum, mit Hochdruck nach solchen Lösungen zu suchen.

Herr Hans Hartmann: Ich möchte Werner Schenker noch eine Antwort geben. Ich finde es fatalistisch was du sagst. Ich verstehe deine Gedankengänge. Was wirklich einschenkt, liegt woanders. Aber dass man einfach sagt, es lohnt sich nicht, Fr. 200'000.-- bis Fr. 300'000.-- zu sparen, es fallen ja noch Millionen beim Kanton und Bund an, die Schulden generiert, finde ich schade. Ich bin sicher, dass dies die Bevölkerung nicht verstehen wird. Dass man einfach sagt, es bringt nichts wegen diesen 2, 3 oder 5 %, die man sparen könnte. Jeder Mensch, der wenig Geld hat, wäre froh, wenn er etwas mehr hätte, wenn es nur Fr. 20.-- oder Fr. 50.-- sind, die er spart, wenn er weniger Steuern zahlen muss. Prüft diese Positionen und fragt euch, ob man wirklich nichts streichen kann. Wäre dies denn so schlimm? Und wenn es nur Fr. 100'000.-- oder Fr. 200'000.-- sind. Man hätte doch den Willen gezeigt, sich einzusetzen.

Herr Marc Jaisli: Wir Buchser Bürger und Bürgerinnen haben an der Volksabstimmung vom 22. November das Budget mit 60 % zu 40 % abgelehnt, sprich mit 1'030 Nein- zu 673 Ja-Stimmen. Für mich war klar, dass dieses Budget angenommen wird. Das Volk hat uns jedoch deutlich gezeigt, dass es keine Steuererhöhung will. Der Gemeinderat ging auf einen Steuerfuss von 100 % runter, was vernünftig ist. Der Steuerfuss von 100 % hatte im Einwohnerrat an seiner Herbstsitzung gegen 102 % gewonnen mit 20 : 19 Stimmen. In der Budgetabstimmung haben wir dann mit 21 : 17 Stimmen mit unserem 100 %-Steuerfuss verloren. Wir haben das Informationsblatt des Gemeinderats genauestens studiert und ich finde, der Gemeinderat hat sich Zeit genommen und etwas gemacht. Er hat aber mehr versucht zu begründen, was gegen einen Steuerfuss von 97 % spricht. Es kamen plötzlich sehr viele und griffige Argumente. In meinen Augen wurde jedoch viel zu wenig gespart. Der Gemeinderat hat den einfachsten Weg eingeschlagen. Im Vorbericht steht geschrieben, dass der Gemeinderat keine Stellenreduktion etc. möchte. Dies ist aber das, was finanziell einschenkt. Vorteile oder Nachteile? Wir sind hier um darüber zu diskutieren. Ihr habt es euch einfach gemacht. Wenn man den Gemeinderat auf eine Stellenreduktion anspricht, dann kommt die Aussage, man müsse eine Leistungsanalyse durchführen. Dafür braucht es einen Kredit und externe Berater. Wenn wir in der Privatwirtschaft in gewissen Abteilungen zu hohe Lohnkosten haben, dann sind wir doch selber genug Chef, dies herauszufinden und entsprechend zu handeln. Dimitri Spiess hat etwas gesagt von Sparwille und Leistungsreduktion. Dies ist Ansichtssache. Wir teilen anscheinend nicht die gleiche Meinung. Werner Schenker hat den Ausdruck "lächerlich" gewählt, aber das Volk hat abgestimmt. Es ist das gleiche, wie wenn der Gemeinderat sagt, das Volk sei naiv. Wir von der SVP haben einige Änderungsanträge geschrieben. Wir wollen sparen. Der Gemeinderat hat gesagt, wir wissen nicht wo, sagt es uns, wir sagen es euch jetzt. Ich bitte Tony Süess noch etwas zum Lastenausgleich des Regierungsrats zu sagen, der 2017 in Kraft treten soll.

Herr Gemeinderat Tony Süess: Voraussichtlich am 8. März 2016 wird die 2. Lesung im Grossen Rat stattfinden. Wenn die Vorlage dort angenommen wird, wird dieser Lastenausgleich eingeführt und umgesetzt. Für Buchs ist dies ertragsneutral. Es gibt für uns keine Veränderungen. Es gibt jedoch einen Steuerfuss-

abtausch mit der Aufgabenverschiebung Kanton - Gemeinde. Voraussichtlich wird der Kantonssteuersatz um 3 % erhöht und gleichzeitig muss die Gemeinde den Steuerfuss um 3 % senken. Wenn sie dies nicht machen will, gilt dies als Steuererhöhung. Dies ist heute hier aber überhaupt kein Thema.

ERFOLGSRECHNUNG

Herr Marc Jaisli: Zum Konto 0210.3010.00 Löhne Verwaltungspersonal in der Finanz- und Steuerverwaltung hab ich eine Frage. Hier rechnet man mit einer Zunahme von Fr. 30'000.--. Wir sprechen davon, dass wir weniger Steuereinnahmen haben und dass wichtige Steuerzahler weggezogen sind. Wovon wird hier ausgegangen?

Herr Adrian Meier, Leiter Finanzen: Wir hatten in der Verwaltung eine Umstrukturierung in den Abteilungen Steuern und Einwohnerkontrolle vorgenommen. Dadurch gab es eine Verlagerung des Personals. D. h. es wird nicht mehr ausbezahlt, sondern es wird einer anderen Abteilung belastet. Nächstes Jahr ist zudem gemäss Personalreglement eine reglementarische Treueprämie auszuzahlen. Es ist eine Mischung der Konten 0220 und 1400.

Herr Ueli Kohler: Ich stelle einen **Antrag**. Es geht generell um das Konto30..... in allen Bereichen: Personalaufwand. Und hier meine ich nicht nur Löhne des Verwaltungspersonals, sondern alles was im Konto 30 enthalten ist (Sitzungsgelder etc.). Ich möchte den Antrag stellen, das Konto30 soll den Stand von 2014 mit 6.14 Mio. Franken im Budget 2016 nicht überschreiten. Es ist somit um Fr. 250'000.-- zu kürzen. Begründung: Die angespannte Finanzlage der Gemeinde Buchs lässt auch im Personalaufwand keine weitere Kostensteigerung zu. Gegenüber der Rechnung 2013 verzeichnen wir im Budget 2016 ein Plus von 8,8 %. Mir ist klar, dass dort drin auch bewilligte Stellenerhöhungen sind, die wir hier beschlossen haben. Ich meine auch nicht den Abbau mit der Streichung von Stellen. Die Reduktion ist mit Effizienzsteigerungen z. B. wie folgt zu erreichen: Reduktion von Ausfalltagen (1 Ausfalltag kostet min. Fr. 500.-- bis Fr. 700.--), Nutzen von Synergien (abteilungsübergreifend), Überprüfen der Stellen bei Pensionierung oder Kündigung und hinterfragen, ob diese Stelle wirklich nötig ist. Dies ist ohne grosse Analyse umsetzbar. Unter anderem haben wir auch Investitionen in der EDV. Und dies hat auch Rationalisierungspotenzial und vereinfacht die Abläufe. So haben z. B. doch sicher auch die Investitionen unter 0210.3611.00 von Fr. 67'000.- für die Software DIGITAX und VERENA einen Rationalisierungsnutzen.

Herr Dimitri Spiess: Das ist jetzt genau das gefährlichste, was jetzt passieren kann, was Ueli Kohler vorschlägt. Dies ist Politik des Leistungsabbaus aber man sagt nicht wo. Man macht generell einen Kahlschlag über alle Angestellten und alle Sitzungsgelder. Es ist mutlos, dass man dies so macht und es führt zu Sachzwängen, so dass beispielsweise das Lohnreglement angepasst werden muss. Bei einem Betrag von mehr als Fr. 200'000.-- bedeutet dies mehr als ein 100 %-Angestellter in der Gemeinde. Wenn es aufgrund dieses Antrags zu Entlassungen kommen sollte, dann muss man, wenn man dies so nicht machen will, die Löhne kürzen oder wirklich jemanden entlassen. Dies heisst nicht, dass dann die Aufgaben der Gemeinde schneller und effizienter erledigt werden. Es bedeutet auch nicht, dass die Gemeindeangestellten einen besseren Job machen. Reduzieren wir die Leistungen der Gemeinde noch mehr, aufgrund Sachzwänge, aufgrund einer desolaten Finanzlage, müssen wir den Steuerfuss erhöhen. Wir können den Bürgerinnen und Bürgern nicht verkaufen, dass wir einerseits den Steuerfuss erhöhen und andererseits Leistungen abbauen. Hier schneiden wir uns ins eigene Fleisch. Dieser Kahlschlag läuft in vielen Kantonen und Gemeinden so und ist höchst gefährlich. Ich lege euch ans Herz, dies sehr ernst zu nehmen.

Herr Marc Jaisli: Ich erkenne deine Einwendungen. Dies ist die Wirtschaft, wir müssen sparen. Wenn sich der Gemeinderat nicht traut, dieses Thema aufzugreifen, dann müssen wir es tun. Es liegt dann am Gemeinderat und an der Verwaltung zu entscheiden, wo es am meisten Sinn macht, zu streichen. Wir spre-

chen nicht von Entlassungen. Ueli Kohler hat auch nicht gesagt, es müssen zwingend Fr. 250'00.-- sein. Der Grossteil der SVP wird diesen Antrag unterstützen.

Herr Dimitri Spiess: Ich gehe davon aus, dass es eine lange Sitzung wird. Ich habe mir vorgenommen, wie Cato anno dazumal, der gesagt hat, man soll Karthago zerstören, jedes Mal, wenn der Begriff sparen falsch verwendet wird, zu intervenieren. Sparen heisst, jetzt Geld auf die Seite legen, damit wir es in Zukunft investieren können, z. B. für Schulhausbauten, neue Bibliotheksgebäude, neue Liegenschaften, eine Villa Blau, die saniert werden muss, ein Spittel, der verfällt. Es gibt viele Aufgaben, die die Gemeinde übernehmen könnte. Wenn man immer nur vom Sparen spricht und dabei meint, Leistungen abzubauen und die Gemeinde kaputt abzubauen, dann muss ich intervenieren.

Herr Ueli Kohler: Ich möchte einen

Ordnungsantrag auf Ende der Diskussion stellen. Ich habe einen klaren Antrag gestellt. Ich hab nicht von Entlassungen gesprochen.

Abstimmung

Der Antrag wird klar angenommen. Auf eine Auszählung der Stimmen wird deshalb verzichtet.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Ich bin mir nicht sicher, ob es rechtlich möglich ist, solch eine integrale Kürzung zu beantragen. Die Löhne, die wir auszahlen, basieren auf Verträgen. Der Einwohnerrat hat Sitzungsgelder zugute und die Angestellten ihren Lohn. Es bräuchte hier z. B. Änderungskündigungen. Der Einwohnerrat könnte im Bereich Strom oder beim Treibstoff kürzen, und wenn es das Geld trotzdem braucht, dann kostete es halt mehr. Ich empfehle euch dringend, diesen Betrag nicht zu streichen. Dies ist kein seriös abgeklärter Antrag.

Herr Ueli Kohler: Ich bitte auch den Gemeinderat, sich an die Spielregeln zu halten. Ist der Ordnungsantrag beschlossen, dann hat sich auch der Gemeinderat nicht mehr zu äussern. Er kann vorher wohlweislich dazu Stellung nehmen. Ich finde es nicht fair, dass dies nach der Abstimmung ausgenutzt wird.

Antrag Ueli Kohler

Konti30 (generell)

Der Personalaufwand Konto30 soll den Stand von 2014 mit 6.14 Mio. Franken im Budget 2016 nicht überschreiten. Er ist somit um Fr. 250'000.-- zu kürzen.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 11 : 28 Stimmen abgelehnt.

Herr Andreas Burgherr: Laut Folie sind wir jetzt auf Seite 43 - 46, haben aber vorher über etwas abgestimmt, was auf Seite 71, Kapitel 3, ersichtlich ist. Ich bin dankbar, wenn wir uns an die Ordnung gemäss Vorgabe halten.

Frau Sandra Jaisli: Ich stelle folgenden **Antrag**, den ich schon in der letzten Budgetdebatte gestellt habe. Ich möchte die geplante Personalreise abändern zu einem Personalesen. Hiermit stelle ich den Antrag, die Personalreise 2016 (enthalten im Conti3099.00 mit Fr. 7'100.--) zu streichen und in ein Personalesen umzuwandeln. Die Kosten dafür sind mit Fr. 60.-- pro Person zu budgetieren und nicht zu übersteigen. Dies ergibt (laut Teilnehmerzahl des Gemeinderats von 60 Personen) einen neuen Budgetbetrag von Fr. 3'600.--. Das Essen soll zwingend an einem Abend oder Tag stattfinden, an dem die Gemeindeverwaltung nicht geschlossen werden muss. Ich erwarte, dass das Essen für alle Mitarbeiter/innen in der Freizeit stattfindet und nicht als Arbeitszeit angerechnet wird. Aufgrund der momentan sehr angespannten finanzi-

ellen Lagen bin ich der Meinung, dass es nicht drin liegt, eine Personalreise zu veranstalten. Meiner Meinung nach sollten die Mitarbeiter/innen ebenfalls spüren, dass die finanzielle Situation angespannt ist. Ein Personalesse soll ein Dankeschön für alle Mitarbeiter/innen sein. Aus meiner Sicht ist die Teilnahme für alle freiwillig und sollte nicht als Arbeitszeit berechnet werden dürfen. Die Kosten der bezahlten Arbeitszeit wurden laut Aussage des Gemeindeammans nicht budgetiert. Somit ist der Betrag von Fr. 7'100.-- so wieso zu tief. Eine Randbemerkung: Sie fänden es sicher alle auch nicht fair, wenn Sie normalerweise an einem Freitagnachmittag nicht arbeiten und somit die Arbeitszeit nicht aufschreiben dürften, ihr Kollege, der am Freitagnachmittag immer arbeitet, jedoch schon. Dies war bisher so. Ich danke für die Unterstützung des Antrags.

Antrag Sandra Jaisli

Konti3099.00 Personalreise

Die Personalreise ist zu streichen und in ein Personalesse umzuwandeln. Die Kosten dafür sind mit Fr. 60.-- pro Person zu budgetieren und nicht zu übersteigen. Dies ergibt (laut Teilnehmerzahl des Gemeinderats von 60 Personen) einen neuen Budgetbetrag von Fr. 3'600.--. Das Essen muss an einem Abend oder Tag stattfinden, an dem die Gemeinde nicht geschlossen werden muss. Ich erwarte, dass das Essen für alle Mitarbeiter/innen in der Freizeit stattfindet und nicht als Arbeitszeit angerechnet wird.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 24 : 14 Stimmen (1 Enthaltung) abgelehnt.

Herr Marc Jaisli: Posten 2090.3130.00. In den Bemerkungen ist dazu ein Betrag von Fr. 33'000.-- aufgeführt. Darin sind Fr. 300.-- für den Kabelanschluss enthalten, der Rest für die Erarbeitung der Entscheidungsgrundlage für die nachhaltige Entwicklung des Bauamts/Werkhofs. Die SVP-Fraktion stellt den **Antrag** auf Streichung dieses Budgetpostens von Fr. 32'700.--. Wir sind der Meinung, dass der Werkhof sehr wichtig ist und das Bauamt einen tollen Job macht. Wir sind jedoch nicht der Meinung, dass man knapp Fr. 33'000.-- ausgeben sollte, damit ein Superexperte wieder viel Geld verdient. Wir sind nicht dagegen, dass es eventuell einen neuen Werkhof braucht oder der bestehende saniert wird, aber ich bin der Meinung, es sollte zuerst eine Diskussion im Einwohnerrat stattfinden, was überhaupt darüber die Meinung ist. Mein Vorschlag wäre, dass man prüfen würde, ob der Werkhof zügeln könnte. Und dann den alten Werkhof abreisst und einen Block/einen Kindergarten etc. baut. Laut Prüfungen weist der Werkhof eine schlechte Energiebilanz auf. Dort verlieren wir ebenfalls Geld. Wir stellen den Antrag, dass der Posten um Fr. 32'700.-- reduziert wird.

Herr Dimitri Spiess: Bei diesem Kredit, den ihr streichen wollt, geht es genau darum, Energie zu sparen und den Saudi-Arabern weniger Gelder zu verschenken, sondern mehr bei uns behalten. Die Fr. 32'700.-- lohnen sich längerfristig auf jeden Fall, anstatt dass man das Gebäude 5 weitere Jahre der Umgebung Wärme spenden lässt. Ich würde die Fr. 32'700.-- lieber dafür investieren, damit der Werkhof möglichst rasch saniert werden kann.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Ich möchte kurz erklären um was es bei dieser Budgetposition überhaupt geht. Es ist nämlich nicht richtig, was vorgängig gesagt wurde. Hier geht es darum, eine Entscheidungsgrundlage zu schaffen dafür, ob sich eine Sanierung des Werkhofs lohnt und wenn ja, welches die finanziellen Aufwendungen dafür wären oder es angezeigt ist, ihn mittelfristig abzubrechen und etwas Neues zu planen oder ob eine ganz andere Lösung gefunden werden muss. Es geht um die Beschaffung von Entscheidungsgrundlagen. Es geht nicht um ein Sanierungsprojekt. Wenn ihr aber darüber diskutieren wollt, dann müsstet ihr euch entscheiden, ob ihr eine Sanierung wollt oder nicht. Bitte fragt zuerst den Gemeinderat, um was es überhaupt geht, bevor ihr Anträge stellt.

Herr Marc Jaisli: Ich entschuldige mich bei dir Urs Affolter, dass ich dich vorgängig nicht gefragt habe. Knapp Fr. 33'000.-- sind extrem viel Geld dafür, dass man schnell eine kleine Analyse macht um zu wis-

sen, was man überhaupt will. Mir ist klar, dass eine Sanierung schlussendlich viele Zehntausende von Franken kostet, aber ich bin der Meinung, dass zuerst die Diskussion stattfinden sollte, ob wir dies überhaupt wollen bzw. in welche Richtung. Für die Erstellung einer Entscheidungsgrundlage finde ich diesen Betrag zu hoch. Dann kostet es wieder Fr. 150'000.-- bis wir wissen, was wir nun wollen usw.

Herr Ueli Kohler: Ich unterstütze diesen Antrag. Ich verstehe, dass solche Projekte zuerst analysiert werden müssen. Vielleicht kann dies auch mit eigenen Leuten gemacht werden? Dies ist sogar eine Kernaufgabe, die wir als Führungspersonen haben. Diese Analyse muss ja nicht schon detailliert sein. Für mich steht aber noch eine andere Frage im Vordergrund. Wiederum in der angespannten finanziellen Lage, die uns aufgezeigt wird, müssen wir Begehrlichkeiten nach den Grundsätzen von Notwendigkeit, Dringlichkeit und Wirtschaftlichkeit begutachten. Dies ist keine Erfindung von mir. Es steht in unserer Verfassung. Und nach dieser Verfassung haben wir heute wiederum Einwohnerräte vereidigt und damit bestätigt, dass wir nach dieser Verfassung handeln. Ist diese Erarbeitung einer Entscheidungsgrundlage jetzt notwendig, dringend und wirtschaftlich?

Herr Dimitri Spiess: Wenn es um Wirtschaftlichkeit geht, müssen wir an Nachhaltigkeit und an Langfristigkeit denken. Wenn wir jetzt Geld investieren in eine Ausarbeitung, wie wir in Zukunft den Werkhof gestalten wollen, wo wir ihn haben wollen etc., d. h. Entscheidungsgrundlagen haben, dann sind wir einen Schritt schneller dabei, Energie zu sparen, die wir sonst über Jahre nach Saudi-Arabien investieren.

Herr Marc Jaisli: Die Nachhaltigkeit finde ich auch sehr wichtig. Aber wir müssen uns zuerst im Klaren darüber sein, was wir wollen. Wollen wir den Werkhof noch 50 Jahre am jetzigen Standort belassen? Dann braucht es dieses Geld und wir müssen eine Analyse machen, welche Fenster wir brauchen etc. Aber zuerst müssen wir wissen, was wir mit diesem Gebäude machen wollen.

Antrag Marc Jaisli

Konto 0290.3130.00 Dienstleistungen Dritter

Unter dem Posten 2090.3130.00 werden Fr. 33'000.-- für die Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen für eine nachhaltige Entwicklung des Bauamts/Werkhof eingesetzt. Dieser Posten ist, abgesehen von den Fr. 300.-- für den Kabelanschluss, zu streichen.

Abstimmung

Der Antrag wird bei 19 : 19 Stimmen (1 Enthaltung) mit Stichentscheid des Präsidenten angenommen.

Herr Dimitri Spiess: In meinen Augen hat sich Marc Jaisli nun eine Verantwortung aufgeladen, indem wir den Antrag zur Streichung angenommen haben. Es liegt nun meiner Meinung an dir Marc, dass wir gemeinsam überlegen, wie der Werkhof gestaltet werden soll. Es ist sinnvoll, eine Sitzung einzuberufen um diese Frage zu klären. Wenn nichts budgetiert ist, dann passiert auch nichts. Mir ist es ein Anliegen, dass hier etwas geschieht.

Herr Marc Jaisli: Ich nehme Ernst, was du gesagt hast. Sehr gerne sitze ich mit dir an einen Tisch und wir diskutieren. Grundsätzlich bin ich jedoch der Meinung, dass es Leute gibt, die dafür Lohn bekommen. Und wenn diese Leute meine Meinung wissen wollen, dann können sie mich anrufen. Ich komme sofort.

Herr Ueli Kohler: Ich habe **zwei Anträge**, die ich gleichzeitig stelle: Die Projektionswand unter 0290.3111.00 für Fr. 7'000.-- ist ersatzlos zu streichen. In der angespannten Finanzlage der Gemeinde Buchs müssen die Begehrlichkeiten klar den Grundsätzen von Notwendigkeit, Dringlichkeit und Wirtschaftlichkeit entsprechen. Die Trennwand unter 0290.3144.02 für total Fr. 22'500.-- ist ebenfalls ersatzlos zu streichen, mit der gleichen Begründung.

Herr Dimitri Spiess: Wofür ist die Trennwand vorgesehen? Ich benötige vom Gemeinderat Informationen.

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Die Trennwand würde in den Sozialen Diensten aufgestellt werden, in diesem Sinn, dass man ein Besprechungsbüro erhält. Im Zeitraum Oktober/November gab es einen Vorfall in den Sozialen Diensten. Man musste eine renitente Dame abführen und dies hat klar aufgezeigt, dass es wichtig ist, dass solche Besprechungen innerhalb der Sozialen Dienste abgewickelt werden können. So können andere Mitarbeitenden reagieren, wenn es nötig werden sollte. Es hätte noch eine Variante gegeben, dass Postbüro im 2. Stock zu nutzen. Dies ist aber sehr isoliert. Schreit dort aber jemand um Hilfe, wird dies nicht gehört. Für die Aktenbearbeitung wird dieses Büro bereits jetzt genutzt. Im Sinne von Ueli Kohler ist hier eine Dringlichkeit vorhanden, trotz der finanziellen Lage. Wir haben es uns gut überlegt, ob wir diesen Betrag ins Budget nehmen. Aber der erwähnte Vorfall hat gezeigt, dass es notwendig ist.

Herr Marc Jaisli: Die SVP hat den gleichen Antrag betreffend Trennwand wie jenen von Ueli Kohler vorbereitet. Es ist bedauerlich, dass überhaupt solche Vorfälle passieren. Den Betrag finden wir aber viel zu hoch. Wir müssen sparen. Ich habe mir letzte Woche im Internet eine Glocke gekauft, diese kann über WLAN verbunden werden. Und schon hätten wir eine Lösung für eine Notfallglocke. Zudem ist die Polizei im Hause und es gibt genügend Herren, die zu Hilfe eilen könnten. Man sollte diesen Betrag auf Fr. 500.-- reduzieren.

Herr Dimitri Spiess: Du hast den Begriff sparen verwendet, damit aber gemeint, weniger auszugeben. Es geht beim Sparen darum, mehr einzunehmen als auszugeben und etwas auf die Seite zu legen und dies in Zukunft zu investieren.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Ich möchte noch etwas zur Projektionswand erläutern. Wenn Sitzungen stattfinden, dann kommt eine externe Person ins Gemeindehaus, die einen Stick dabei hat und die ganze Installation des Beamers muss vollzogen werden. Wir haben keine fest installierten Beamer in den Sitzungszimmern oder im Gemeinderatszimmer. Aus diesem Grund ist eine mobile Wand für Fr. 7'000.-- vorgesehen, die man zwischen den verschiedenen Sitzungszimmern und dem Gemeinderatszimmer verschieben kann. Für mich ist dies absolut notwendig. Ich könnte in meinem Job auch wieder mit Bleistift zeichnen statt mit CAD. Man kann immer alles anders machen. Wir sind uns gewohnt, mit aktuellen Arbeitsmitteln zu arbeiten und nicht stehen zu bleiben.

Antrag Ueli Kohler

Konto 0290.3111.00 Anschaffung Mobilien, Geräte, Fahrzeuge

Die Projektionswand für Fr. 7'000.-- ist ersatzlos zu streichen.

Abstimmung

Der Antrag wird klar abgelehnt. Auf eine Auszählung der Stimmen wird deshalb verzichtet.

Antrag Ueli Kohler

Konto 0290.3144.02 Baulicher Unterhalt Gemeindehaus

Die Trennwand für total Fr. 22'500.-- ist ersatzlos zu streichen.

Abstimmung

Der Antrag wird klar abgelehnt. Auf eine Auszählung der Stimmen wird deshalb verzichtet.

Herr Marc Jaisli: Ich hoffe, dass ich in der FGPK dann auch in den Genuss komme, diese Projektionswand benutzen zu können. Wir haben vorher für die Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen für eine nachhaltige Entwicklung des Bauamts/Werkhof bereits eine Position gestrichen. Beim nächsten Posten geht es um eine Türe beim Werkhof. Es geht mir nicht um die Notwendigkeit. Da wir den eben genannten

Posten gestrichen haben, müssen wir jetzt eigentlich diese Fr. 8'000.-- auch streichen bis klar ist, was mit dem Werkhof geschieht. Dies mein **Antrag**.

Herr Dimitri Spiess: Ich benötige Informationen des Gemeinderats, ob es diese Fr. 8'000.-- braucht.

Frau Susanna Lehmann, Leiterin Bau Planung Umwelt: Es geht um einen Raum, der frei geworden ist und den der Werkhof nutzen kann. Diese Türe ist operativ zweckmässig. Sie erleichtert Arbeitsabläufe. Deshalb haben wir sie ins Budget genommen. Im Werkhof laufen viele operative Abläufe nicht optimal. Wenn wir nun diese Türe auch weglassen, dann haben wir etwas, was hinderlich ist. Die Türe gibt uns die Chance, diesen Raum zweckmässig zu nutzen.

Herr Marc Jaisli: Der Raum wurde früher von der Feuerwehr gebraucht. Mir ist noch nicht klar, wo diese Türe hinkommen soll. Wir müssen zuerst diskutieren, wie weiter mit dem Werkhof bevor wir beginnen, zu investieren. Geht es nur darum, dass man eine Türe nach vorne haben will und nicht Richtung Ottos? Dort besteht ja bereits eine Türe.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Ich habe einen unkonventionellen Vorschlag. Matthias Keller, Werkmeister, sitzt im Publikum. Kannst du Marc Jaisli bitte kurz antworten.

Herr Matthias Keller, Werkmeister: Es geht um den Raum, der vorher von der Feuerwehr genutzt wurde. Das grosse Tor geht Richtung Gärtnerei/Feuerwehrlokal, Richtung Norden. Von der Sammelstelle her gesehen ist dieser Raum nicht zugänglich. Wir möchten den Raum nützen für Rasenmäher, Anhängerdepot etc. Damit wir nicht ständig um das ganze Gebäude laufen müssen, um diese Arbeitsmittel zu holen, möchten wir eine einfache Türe.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Hier geht es um eine tägliche Arbeitserleichterung. Ich finde es wichtig, dass klar zwischen den beiden Budgetpositionen unterschieden wird, die jetzt in Verbindung gebracht werden. Bei der Tür geht es um eine Arbeitserleichterung im täglichen Gebrauch. Bei der Erarbeitung möglicher Szenarien für den Werkhof reden wir von einem Zeithorizont von 10 - 15 Jahre. Jetzt hier deswegen zu sagen, wir machen überhaupt nichts mehr, bis wir nicht wissen, was mit diesem Werkhof passiert, ist völlig falsch. Der Werkhof steht dort und wir betreiben ihn. Für die Zukunft wird man sich Gedanken machen müssen, wohin man mit ihm will. Bei dieser Türe geht es um eine aktuelle operative Massnahme.

Herr Marc Jaisli: Ich hab die Situation vor Ort begutachtet. Ich würde euch diese Türe gönnen, aber wir müssen jetzt Kosten senken. Wenn in den nächsten paar Jahren ein Mitarbeiter immer um das Gebäude herumlaufen muss, dann kostet dies für die nächsten 8 Jahre Fr. 1'000.--. Wenn wir eine neue Türe einbauen, kostet diese Fr. 8'000.--. Die Entscheidung ist für mich somit klar.

Herr Beat Spiess: Ich möchte etwas Grundsätzliches zu dieser Art von Streichkonzerten sagen. Wir fischen im Trüben und machen "Schiffiversänkis" und am Ende wird nicht viel eingespart. Wir machen die Leute wütend. Wir zeigen der Verwaltung und den Angestellten unser Misstrauen und dass finde ich nicht sehr positiv. Wir könnten hier Zeit sparen. Bitte zieh den Antrag zurück.

Herr Marc Jaisli: Beat Spiess, ich schätze deine Arbeit, besonders nun als neuer Präsident der FGPK sehr. Aber ob es uns nun stinkt oder nicht, ich wäre auch lieber daheim vor dem TV oder in der Burestube bei einem Bier, aber das Stimmvolk hat klar mit 60 % : 40 % gesagt, wir wollen dieses Budget so nicht. Dann müssen wir nun aber darüber diskutieren. Ich ziehe den Antrag nicht zurück.

Herr Urs Füllemann: Ich bin mit Beat Spiess einig. Wir diskutieren über einige Franken. Weshalb haben wir eine FGPK? Hier bin ich enttäuscht. Ich war auch 5 Jahre in dieser Kommission. Auch auf Stufe Bund

und Kanton gibt es diese Kommissionen. Die FGPK hat das Budget mit 7 : 1 Stimme angenommen. Ich erwarte von einer FGPK, dass man all diese Positionen in dieser Kommission bespricht, mögliche Sparmassnahmen evaluiert und dann diese Ergebnisse effizient dem Rat präsentiert. Dann sind wir viel schneller fertig. Noch eine Information an Dimitri Spiess. Sparen heisst nicht nur Geld auf die Seite legen, sondern auch, den Gürtel enger zu schnallen.

Herr Werner Schenker: Ich komme nochmals zurück auf mein Votum. Mein Problem, und dass der gesamten Gemeinde, ist der Schuldenberg, der anwächst. Wir haben auch schon Schulden gemacht in unserer Gemeinde. Aber da war die Finanzlage eine andere und die Aussichten anders. Es sieht nicht so aus, dass dieser Schuldenberg durch eine glückliche Fügung oder geschicktes Politisieren abgebaut werden kann. Über dieses Problem müssen wir sprechen. Ich habe in meinem vorgängigen Votum den Geldbetrag von Fr. 20'500.-- genannt, um welchen der Schuldenberg pro Tag zunimmt. Ich habe darum gebeten, dass wir die Diskussion effizient führen und ich gehe mit Beat Spiess einig. Wir haben nun über eine Summe von Fr. 289'800.-- gesprochen, um die man das Budget kürzen könnte. Angenommen wurden Fr. 32'700.--. Es ist eine müssige Diskussion.

Herr Präsident Martin Gysi: Bitte äussert euch zu den Punkten, über die wir gerade sprechen und nicht zu anderem. Sonst werden wir heute nicht mehr fertig.

Antrag Marc Jaisli

Konto 0290.3144.01 Baulicher Unterhalt Werkhof

Unter obigem Konto werden Fr. 21'500.-- für die Unterhaltsarbeiten Werkhof eingesetzt. Dieser Posten ist um Fr. 8'000.-- zu reduzieren (Türe zum ehemaligen Feuerwehrraum).

Abstimmung

Der Antrag wird klar abgelehnt. Auf eine Auszählung der Stimmen wird deshalb verzichtet.

Herr Dimitri Spiess: Ich habe eine Frage zum Konto 1610.3612.00 Beitrag an Regionalen Schiessanlage. In der Vorberatung wurde Seitens des Gemeinderats erwähnt, dass für die Sanierung der Schiessanlage eine Investition von 1 Mio. Franken auf uns zukommt. Im Finanzplan sehe ich nichts davon. Die 300-Meter-Standsanierung kostet Fr. 300'000.--. Woher kommt der Betrag von 1 Mio. Franken? Dem Kinder-Netzwerk wurde durch den Gemeinderat gesagt, es müsse seitens der Gemeinde gespart werden, weil im Bereich Schiessanlage Investitionen von rund 1 Mio. Franken auf uns zukommen.

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Wir haben dies im Vorstand diskutiert. Ich bin etwas erstaunt, dass dies hier vorgebracht wird. Ich ging bisher davon aus, dass wenn in einem Vorstand etwas strategisch diskutiert wird, dass dies im Vorstand bleibt. Auf der anderen Seite haben wir dies als Beispiel gebraucht, weil man beim Kindernetzwerk gesagt hat, man plafoniert den Beitrag. In diesem Zusammenhang haben wir erwähnt, dass in der Gemeinde noch andere Begehrlichkeiten vorhanden sind, unter anderem die der Regionale Schiessanlage. Dort seien wir am Abklären, was dies kostet. Es stand damals im Raum, dass es in diese Betragshöhe gehen könnte. Dies heisst aber a) nicht, dass diese Kosten nur für die Gemeinde Buchs anfallen und b) nicht, dass dies eine effektive Tatsache ist. In der Zwischenzeit floss viel Wasser die Suhre runter. Man hat Abklärungen getroffen aber es gibt noch keine Zahlen. Es ist auch unklar, wie sich das Militär verhält oder ob man noch andere Gemeinden dazu bringt, Beiträge zu leisten. Damals haben wir eine sehr vage Aussage gemacht. Und ich bin der Meinung, wir haben dies so erläutert an der damaligen Sitzung.

Herr Dimitri Spiess: Dies bedeutet für mich, dass die Möglichkeit besteht, dass noch weitere Investitionen dazukommen, zu den jetzigen Fr. 300'000.--. Ich stelle deshalb folgenden **Antrag**: Die Gemeinde Buchs tritt auf den 1. Januar 2017 aus dem Gemeindeverband Schiessanlage Lostorf aus. Begründung: Ich bin der Meinung, dass Einsparungen nötig sind, wenn es knapp wird mit den Finanzen. Als Gemeinde müs-

sen wir Prioritäten setzen, wo wir sparen wollen. Der Kanton und Bund überbindet uns immer mehr Aufgaben. Für mich ist die Sicherheit und das obligatorische Schiessen eine Sache des Bundes. Ich verstehe nicht, weshalb hier die Gemeinde Unterhalt zahlen muss. Andererseits haben wir im Lostorf bereits die Kehrichtverbrennungsanlage und verbrennen den Kehricht der ganze Region bei uns. Gleichzeitig erhöhen wir die Bleibelastung in diesem Gebiet, was ich nicht sehr gut finde. Aus meiner Sicht ist es auch ein Beitrag an den Frieden. Es sollen weniger Leute im Waffengebrauch ausgebildet werden. Wir hatten in der Schweiz schon mehrere schreckliche Fälle, bei denen Armeewaffen missbraucht wurden und um dem vorzubeugen, bin ich für einen Austritt. Dadurch können wir uns weitere Kosten sparen.

Herr Präsident Martin Gysi: In der jetzigen Budgetdebatte ist ein solcher Antrag nicht zulässig. Du musst diesen Antrag als Motion unter Eingänge einreichen.

Herr Marc Jaisli: Es besteht das Konto 1400.3130.00 Dienstleistungen Dritter. Für was wir dieses Geld gebraucht, dass dort eingesetzt wird? In den Bemerkungen steht "Mandatsführung durch Dritte": Ich bin der Meinung, dass wir im letzten Jahr die Sozialen Dienste aufgestockt haben und nicht mehr auf externe Hilfe angewiesen sein sollten.

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Es gibt immer wieder Streitfälle, in denen es im Bereich Sozialhilfe um Geld geht. In diesen Fällen müssen wir, wenn wir überhaupt eine Chance haben wollen, einen Rechtsanwalt beziehen, der mit den juristischen Kniffen vertraut ist. Ein Mitarbeiter der Sozialen Dienste wurde einen Tag lang von der Polizei befragt betreffend eines Falls, bei dem Anklage erhoben wurde und dort braucht es einen Rechtsbeistand, der dir hilft, dies durchzustehen. Es werden juristische Fussfallen gestellt, die du, auch als Mitarbeiter der Sozialen Dienste, der gewisse Rechtskenntnisse hat, trotzdem nicht erkennst. Hier ist juristische Unterstützung wesentlich. Diesen Budgetbetrag brauchen wir nur, wenn es sich um eine wesentliche und wichtige Angelegenheit handelt. Wenn wir es nicht brauchen, sind wir noch so froh.

Herr Thomas Huber, Leiter Soziale Dienste: Wir haben rund 100 Kindes- und Erwachsenenschutzmandate (Beistandschaften), die bestehen. Davon werden rund 20 durch Private geführt. Für den Aufwand, den diese Privaten betreiben (insbesondere im Bereich behinderte Kinder) besteht ein Anspruch auf Entschädigung von ca. Fr. 1'000.-- pro Jahr (Stundenlohn von Fr. 80.--). Diese privaten Mandatsträger machen eigentlich den besseren Job als wir, denn sie haben viel mehr Zeit für die Leute. Wir haben durchschnittlich 15 Stunden pro Person und Jahr Zeit. Sie haben einen gesetzlichen Anspruch auf diese Mandatsentschädigung. Diesen Betrag kann man nicht streichen.

Herr Marc Jaisli: Meine Frage ist geklärt. Besten Dank für die genauen Antworten.

Ich wurde von mehreren Ratskollegen in der Pause angesprochen, weshalb ich erst jetzt all diese Anträge vorbringe. Ich kann eure Aufregung grundsätzlich verstehen. Ich habe in der FGPK-Sitzung keine Anträge gestellt. Ich hatte 2 - 3 Fragen, die mir beantwortet wurden. Ich war vorbereitet, habe die Unterlagen studiert, jedoch aus zeitlichen Gründen lange nicht so gut wie für die heutige Sitzung. Weshalb ich nun all diese Sparanträgen stelle hängt insgeheim mit einer Trotzreaktion zusammen. Ich bin der Auffassung, der Gemeinderat nimmt das Volk nicht ernst. Das Volk hat das Budget klar abgelehnt. Ich war Befürworter von einem Steuerfuss von 100 %. Als ich den Gemeinderat in der FGPK-Sitzung auf Stellenreduktionen angesprochen habe, hat dieser das Volk als blöd hingestellt. Es wurde schlussendlich noch korrigiert zu "das Volk hat immer Recht". Ebenfalls wurden gewisse Ratskollegen als "blöd" hingestellt. Ich finde, der Gemeinderat hat seinen Job nicht gemacht. Deshalb machen wir ihn jetzt. Ihr habt uns gesagt, wir sollen euch Sparmassnahmen aufzeigen. Jetzt zeigen wir sie euch.

Herr Hans Hartmann: Unter dem Konto 3320 werden Fr. 93'100.-- für die Herausgabe des Buchser Boten budgetiert. Mein **Antrag**: Dieses Konto ist um Fr. 25'000.-- auf Fr. 68'00.-- zu reduzieren. Begründung:

2014 kostete der Buchser Bote noch Fr. 81'000.--, d. h. Fr. 12'000.-- weniger als heute beantragt, das nota bene bei einem Ertrag von gerade mal Fr. 50'000.--. Wir machen Fr. 45'000.-- Schulden mit dieser Dorfzeitung. Muss dies sein für ein besseres Infoblatt? Die Wirtschaftlichkeit beträgt ungefähr 50 %. Ich denke hier wäre es möglich, Kosten zu sparen von Fr. 45'000.-- auf Fr. 20'000.--. Damit machen wir immer noch Schulden, aber Fr. 45'000.-- Schulden machen für eine Dorfzeitung ist übertrieben. Man könnte retour auf eine schwarz-weiss und auf 4 statt 5 Ausgabe. Ich bin mir bewusst, dass man kein Nullsummenspiel hinbekommt. Schon Fr. 20'000.-- sind privatwirtschaftlich nicht tragbar. Aber es ist eine gute Zeitung und sie soll nicht ganz abgeschafft werden.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Wir können mit dem Buchser Boten kein Geld verdienen. Es ist ein Informationsorgan der Gemeinde. Es soll der Bevölkerung dienen. Man hat schon kritisiert, die Kommunikation sei ein Problem. Jetzt wird gerade bei dieser Position gespart. Der Buchser Bote ist effizient organisiert und es wird durch die Redaktoren viel ehrenamtliche Arbeit geleistet. Wenn die Kosten gesenkt werden müssen, wird die Ausgabe verkleinert, und dann werden sicherlich auch die Inserateinnahmen tangiert. Bei einer Kürzung des Budgets könnte diese Dienstleistung, so wie sie heute angeboten wird, nicht mehr angeboten werden.

Herr Hans Hartmann: Mir geht es nicht um die Entschädigung der Redaktion von Fr. 18'000.--. Es geht vor allem um den Druck. Du kannst doch nicht behaupten, man könne ihn nicht günstiger drucken/einfacher drucken? Nur schon die Reduktion von 5 auf 4 Ausgaben bringt einen Kostenrückgang. Fr. 25'000.-- einzusparen sollte ohne Leistungsabbau möglich sein.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Ich hab es nicht falsch verstanden. Ich wollte nur darauf hinweisen, dass jetzt schon viel ehrenamtliche Arbeit geleistet wird. Dies hat mit Privatwirtschaft nichts zu tun. Wenn eine Schule ein solches Infoblatt erstellt, dann kostet dies nichts anderes als Geld. Man kann natürlich auch lose Blätter gestalten und diese zusammenheften. Dann können wir mehr als Fr. 25'000.-- einsparen. Ich denke jedoch, eine Infobroschüre muss ansprechend sein, dass wir sie auch unserer Bevölkerung zumuten können. Wir übertreiben nicht. Schaut euch die Infobroschüren anderer Gemeinden an. Aber wie bereits gesagt, der Einwohnerrat muss entscheiden, ob er die Qualität so beibehalten will oder nicht.

Antrag Hans Hartmann

Konto 3320 Buchser Bote

Unter obigem Konto werden Fr. 93'100.-- für die Herausgabe des Buchser Boten beantragt. Dieses Konto ist um Fr. 25'000.-- auf Fr. 68'000.-- zu reduzieren.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 29 : 10 Stimmen abgelehnt.

Herr Marc Jaisli: Es geht um das Dorfmuseum. Es ist für Fr. 47'100.-- Aufwand budgetiert. Das Dorfmuseum hat 1 x pro Monat offen und ich finde es eine super Sache. Der Ertrag beträgt Fr. 1'000.--. Mich stört das Verhältnis von Aufwand und Ertrag. Ich finde dies extrem.

Herr Marc Jaisli: Unter dem Konto 3290.3110.00 werden Fr. 6'500.-- für 10 Fahnen budgetiert. Wir haben in diesem Jahr kein Jugendfest in Buchs und kein Jubiläum. Wir haben genug Fahnen. Mein **Antrag** lautet, die Ausgabe für die Fahnen von Fr. 6'500.-- zu streichen oder auf das nächstes Jahr zu verschieben.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Die Beflaggung sollte anständig aussehen. Die Fahnen müssen von Zeit zu Zeit ersetzt werden. Hier geht es um den Eindruck nach aussen.

Herr Werner Schenker: Wir haben uns dies auch überlegt. Fahnen sind etwas, was man nicht dringend braucht. Man kann die Fahnen zerfetzt hängen lassen, es sieht aber fürchterlich aus. Wenn wir diese Fahnen so flattern lassen, können wir dies als optische Bankrotterklärung deklarieren. Ich habe sowieso Angst, nein, ich sag dies jetzt nicht. Ich bin dafür, dass wir diese Fahnen anschaffen.

Antrag Marc Jaisli

Konto 3290.3110.00 Anschaffung von Mobilien.

Unter obigem Konto werden Fr. 10'500.-- für die Anschaffungen von Mobilien eingesetzt. Dieser Posten ist um Fr. 6'500.-- zu reduzieren (Fahnen).

Abstimmung

Der Antrag wird klar abgelehnt. Auf eine Auszählung der Stimmen wird deshalb verzichtet.

Herr Marc Jaisli: Konto 4210.3636.00 Beiträge an Spitexverein. Es wird ein Mehraufwand von Fr. 30'000.-- budgetiert und die Begründung in den Bemerkungen ist nicht sehr ausführlich. Ich bitte um Erläuterungen.

Herr Gemeinderat Walter Wyler: Die Spitexleistungen sind eigentlich in Buchs unbestritten. Wir benötigen diese Leistungen für Personen, die zu Hause bleiben möchte und Pflege benötigen. Diese Dienstleistungen sind leider nicht kostendeckend. Je mehr Dienstleistung erbracht wird, desto höher ist der Beitrag für die Gemeinde. Der Umfang der Dienstleistungen vergrössert sich und die höheren Kosten sind die Folgen des Erfolgs dieser Dienstleistungen.

Frau Ineke Irniger: Es geht um das Konto 4210.3637.00. Der Gemeinderat will auf den Beitrag für stillende Mütter ab 2016 verzichten. Ich finde dies sehr schade. Das Stillen von Säuglingen ist eine gesunde Sache und mit dem Geld werden Eltern honoriert, die etwas für die Gesundheit ihres Kindes tun. Wir stellen den **Antrag**, dass dieser Beitrag wieder ins Budget aufgenommen wird. Im Budget 2016 waren ursprünglich Fr. 5'000.-- budgetiert, im 2014 wurden Fr. 2'750.-- ausgegeben. Haben wir eine höhere Geburtenrate, dass nun ein höherer Betrag eingesetzt wird?

Herr Gemeinderat Walter Wyler: Hier handelt es sich um einen freiwilliger Beitrag, den wir leisten. In den umliegenden Gemeinden wird kein Stillgeld mehr ausbezahlt. Es erfolgt eine Abstufung nach der Länge der Stillzeit und das Stillen wird mit Fr. 50.--/Fr. 100.-- oder Fr. 150.-- belohnt. Es kommt ebenfalls auf die Anzahl Kinder an. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass es nun Zeit ist, diesen alten Zopf abzuschaffen.

Antrag Ineke Irniger

Konto 4210.3637.00 Stillgeld

Das Stillgeld soll wie 2014 auf Fr. 3'000.-- erhalten bleiben.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 26 : 11 Stimmen abgelehnt.

Frau Franziska Lüscher: Ich stelle den **Antrag**, wie bereits an der letzten Budgetdebatte, den Gemeindebeitrag für das Kindernetzwerk für das Jahr 2016 um Fr. 30'000.-- auf total Fr. 190'000.-- zu erhöhen. Begründung: Kinder sind das Kapital der Gesellschaft, davon bin ich überzeugt. Darum bin ich auch überzeugt davon, dass eine kinderfreundliche, für alle Einkommen bezahlbare familienergänzende Betreuung ein Muss für eine moderne Gesellschaft ist. Auch ich weiss, dass die Gemeinde Buchs knapp bei Kasse ist. Trotzdem halte ich nichts davon, die Diskussion ausschliesslich über finanzielle Abwägungen und Zahlen-Jongliererei zu führen. Die Frage ist doch vielmehr welche Schwerpunkte wir als Gemeinde, gerade in finanziell angespannter Zeit, setzen wollen. Eine gut funktionierende, für alle Einkommensstufen bezahlbare Kinderbetreuung ist eine nachhaltige Investition in die Zukunft. Verfügt das Kindernetzwerk

nicht über genügend Ressourcen, müssen die Betreuungstarife so angepasst werden, dass nur noch einkommensstarke Familien sich die Krippen- und Hortplätze leisten können. Diese damit eingesparten Gelder müssen wir dann zu einem späteren Zeitpunkt in die Sozialhilfe investieren. Dann nämlich, wenn z. B. alleinerziehende Mütter nicht mehr vermittlungsfähig sind und auf Fürsorge angewiesen sind. Zudem finde ich es sehr angebracht, wenn es in einer Gemeinde wie Buchs, mit ihrer heterogenen Bevölkerungsstruktur, Einrichtungen gibt, in denen Kinder aus allen Gesellschaftsschichten lernen miteinander auszukommen. Dies ist in der Villa Blau der Fall. Dem sage ich echte Integration. Diese kostet etwas, wird aber in Zukunft weniger Kosten verursachen, davon bin ich und mit mir die SP Buchs, überzeugt. Auch wenn die Frau und Mutter dank einer guten und bezahlbaren Kinderbetreuung einer Erwerbstätigkeit nachgehen kann, wird sich das früher oder später positiv auf die Gemeindesteuereinnahmen auswirken. Für viele junge Eltern ist ein attraktiver Krippenplatz ein wichtiger Beweggrund in eine bestimmte Gemeinde zu ziehen. Das Kindernetzwerk ist sich bewusst, dass es eine Überarbeitung der Tarifstruktur braucht und überarbeitet diese auch. Die neue Tarifstruktur wird aber erst ab August 2016 greifen können. Aus diesen Überlegungen heraus bitte ich den Rat der Erhöhung des Gemeindebeitrages zuzustimmen.

Antrag Franziska Lüscher

5451.3636.00 und 5451.3636.01 Beitrag an Kinderkrippe/Defizitgarantie

Der Gemeindebeitrag für das Kindernetzwerk für das Jahr 2016 sei um Fr. 30'000.-- auf total Fr. 190'000.-- zu erhöhen.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 25 : 14 Stimmen abgelehnt.

Herr Marc Jaisli: Konto 5430 Alimentenbevorschussung und -inkasso. In den Bemerkungen werden sowohl die Bevorschussung als auch die Rückerstattungen erhöht. Weshalb? Der eine Betrag geht um Fr. 58'000.-- nach oben, das Konto Ertrag jedoch nur um Fr. 5'000.--. Mir ist das Verhältnis nicht klar?

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Dieser Budgetposten ist schwierig zu budgetieren. Wir müssen zahlen, bekommen aber einen Teil des Geldes vom Kanton wieder zurück. Teilweise zahlt man in einem Jahr und bekommt vom letzten Jahr noch Geld zurück. So entstehen Überschneidungen. Wenn wir diesen Betrag kürzen, machen wir uns etwas vor. Denn zahlen müssen wir sowieso. Der Ertrag kann nicht definitiv budgetiert werden, weil nicht klar ist, wann welcher Betrag vom Kanton rückerstattet wird. Ich wäre auch froh, wenn man es genauer budgetieren könnte.

Herr Marc Jaisli: Unter dem Konto 5730.3130.00 Dienstleistungen Integration werden Fr. 5'000.-- eingesetzt. Dieser Posten ist um Fr. 3'000.-- zu reduzieren. Begründung: Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass Fr. 2'000.-- ausreichen und stellt den entsprechenden **Antrag**. In der Rechnung 2014 wurden auch nur rund Fr. 2'000.-- verbraucht.

Herr Thomas Huber, Leiter Soziale Dienste: Dies sind Gelder für Deutschkurse, an denen sich die Gemeinde beteiligt. Es geht um Leute, die praktisch kein Deutsch können. Das Angebot wird unterschiedlich genutzt und das Konto deshalb schwierig zu budgetieren. Es gibt einen Anspruch darauf.

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Es dient auch dazu, dass Leute schneller und besser in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Es sind keine Plausch-Deutschkurse. Sie helfen den Sozialen Diensten Druck auf die Klienten auszuüben, in dem es heisst, du machst diesen Kurs und dann erwarten wir, dass du schneller eine Arbeitsstelle findest. Dies sind unterstützende Massnahme um die Gemeindekasse zu entlasten und die Leute möglichst schnell in den Arbeitsmarkt einzuschleusen.

Herr Thomas Huber, Leiter Soziale Dienste: Es sind nicht Leute, die Sozialhilfe beziehen. Es sind Leute mit einem geringen Einkommen (bei einem steuerbaren Einkommen von weniger als Fr. 60'000.-- wird ein Teil (max. 50 %) übernommen.

Herr Jürg Lochinger: Bietet der Kanton diese Dienstleistung nicht auch an?

Herr Thomas Huber, Leiter Soziale Dienste: Mir ist nichts bekannt.

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Private Anbieter bieten Deutschkurse an. Der Kanton zahlt daran nichts. Wenn jemand im sozialen Netz hängt, dann muss das soziale Netz sprich die Gemeinde etwas daran zahlen und der Klient selber zahlen einen Beitrag. Bei Kleinkindern mit ihren Müttern subventioniert der Kanton neuerdings Sprachkurse, damit sich alle bereits im Kindergarten verständigen können. Dies betrifft aber nicht das genannte Konto.

Antrag Marc Jaisli

5730.3130.00 Dienstleistungen Integration

Unter obigem Konto werden Fr. 5'000.-- für Dienstleistungen Integration eingesetzt. Dieser Posten ist um Fr. 3'000.-- zu reduzieren.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 25 : 14 Stimmen abgelehnt.

Herr Marc Jaisli: Unter dem Konto 5790.3130.01 werden Fr. 175'000.-- für Beiträge an Hilfswerke für die Betreuung von Flüchtlingen eingesetzt. Unter den Bemerkungen steht geschrieben, dieser Betrag wird vollumfänglich rückerstattet. Im Konto 5790.4611.00 Rückerstattung werden aber nur Fr. 160'000.-- eingesetzt. Dies ergibt eine Differenz von Fr. 15'000.--. Ich stelle den **Antrag**, dieses Konto um Fr. 15'000.-- zu reduzieren.

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Es handelt sich um das gleiche Thema wie vorher. Wir haben Ausgaben und teilweise erhalten wir die Rückerstattungen des Kantons erst im Folgejahr zurück. Über mehrere Jahre gesehen ist dieses Konto ausgeglichen.

Herr Marc Jaisli: Ich möchte, dass richtig budgetiert wird. Deshalb möchte ich meinen Antrag beibehalten. Ansonsten verfälscht sich das Budget.

Herr Jörg Lochinger: Im letzten Jahr hat man die beiden Konten mit dem identischen Betrag budgetiert, d. h. ausgeglichen. Eigentlich müsste man dies in diesem Jahr wieder so machen.

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Wenn wir ins 2014 retour schauen, dann haben wir genau diese Differenz im Budget. Man kann es gleich budgetieren oder kann von der Realität ausgehen. Wir müssen es so oder so bezahlen und das Geld wird vom Kanton rückerstattet, in welchem Jahr auch immer. Der Einwohnerrat muss entscheiden, wie er es budgetiert haben will.

Antrag Marc Jaisli

5790.3130.01 Beiträge an Hilfswerke für die Betreuung von Flüchtlingen

Unter obigem Konto werden Fr. 175'000.-- für Beiträge an Hilfswerke für die Betreuung von Flüchtlingen eingesetzt. Dieser Posten ist um Fr. 15'000.-- zu reduzieren.

Abstimmung

Der Antrag wird bei 18 : 18 Stimmen (3 Enthaltungen) mit Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt.

Herr Marc Jaisli: Unter dem Konto 5920.3636.00 werden Fr. 10'000.-- für Hilfsaktionen im Inland eingesetzt. **Antrag**: Dieses Konto ist zu streichen. Begründung: Bei der Rechnung 2014 wurden lediglich Fr. 500.-- gebraucht.

Herr Dimitri Spiess: Bei diesem Betrag geht es um Zahlungen bei Katastrophen. Die Gemeinde zeigt sich solidarisch, z. B. beim Erdbeben Bodio etc. Ich denke es wäre schön, wenn dieser Betrag im Budget belassen werden könnte und sich die Gemeinde Namens des Gemeinderats weiter solidarisch zeigen könnte.

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Im 2014 hat man für Hilfsaktionen im Inland und Hilfsaktionen im Ausland zwei verschiedene Konten geführt (Fr. 500.-- und Fr. 2'200.--). Die Ausgaben gesamthaft betragen also Fr. 2'700.--. Nun hat man diese beiden Konten zusammengefasst, weil man vorwiegend Aktionen im Inland unterstützt. Deshalb werden dort neu Fr. 10'000.-- budgetiert. Der Gemeinderat nimmt sich das Recht heraus, nicht alles budgetierte Geld immer auszugeben. Er entscheidet, ob er Geld spenden will oder nicht.

Herr Marc Jaisli: Wir möchten den Antrag bestehen lassen.

Antrag Marc Jaisli

5920.3636.00 Hilfsaktionen im Inland

Unter obigem Konto werden Fr. 10'000.-- für Hilfsaktionen im Inland eingesetzt. Dieses Konto ist zu streichen.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 26 : 11 Stimmen abgelehnt.

Herr Marc Jaisli: Konto 6150.3141.01 Unterhalt Strassenbeleuchtung. Es werden Fr. 109'000.-- budgetiert. Wir haben in unserer Fraktion immer Diskussionen wegen diesen Lampen. Einige behaupten, wir hätten darüber abgestimmt, dass es keine LED-Lampen gibt, andere sagen, die kaputten Lampen werden repariert. Für die Anpassung der Beleuchtung am Trieschweg werden Fr. 32'500.-- budgetiert. Was wird dort gemacht?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Vor Jahren wurde ein Gesamtkreditantrag beantragt. Man wollte die gesamten Quecksilberdampflampen durch LED-Lampen gesamthaft in 2 oder 3 Losen ersetzen. Damals wurde dieser Antrag abgelehnt mit dem Hinweis darauf, dass die Technik noch nicht ausgereift sei und die Lampen noch viel billiger würden. Dies war wirklich so. Die Lampen, die heute ersetzt werden, werden standartmässig durch LED-Lampen ersetzt. Am Trieschweg hat die IBA festgestellt, dass die Beleuchtung nicht mehr den Anforderungen entspricht und ausgewechselt werden muss. Wir zahlen $\frac{3}{4}$ der Gesamtkosten, die IBA $\frac{1}{4}$.

Herr Marc Jaisli: Konto 7201.3130.00 Dienstleistungen Dritter. In der Rechnung 2014 sind gerundet Fr. 19'000.-- als Aufwand verbucht, nun Fr. 67'800.-- budgetiert. Weshalb diese riesige Differenz?

Frau Susanna Lehmann, Leiterin Bau Planung Umwelt: Sowohl im Bereich Wasser wie auch Abwasser müssen wir jeweils eine Datenmigration vornehmen. Beim Wasser für Fr. 17'000.-- und beim Abwasser für Fr. 26'000.--. Dies können wir nicht unterlassen, sonst haben wir ein Problem im Kataster. Die Nachführungsarbeiten im Leitungskataster wurde leider in einem Jahr nicht nachgeführt, deshalb müssen wir nun 2 Jahre nachführen. Deshalb sind die Ausgaben in diesem Jahr viel höher budgetiert.

Herr Marc Jaisli: Konto 7301.3151.00 Unterhalt Maschinen Geräte Apparate. Es geht um das Kehrichtfahrzeug. Die Reparatur soll Fr. 21'000.-- kosten. Die Miete für ein Ersatzfahrzeug kostet Fr. 15'000.--. Wir sind der Meinung, der Posten sollte gestrichen werden oder ein anderer Ansatz angewandt werden. Fr. 36'000.-- sind für uns unverhältnismässig.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Wenn wir ein Fahrzeug mieten müssen, kostet es so viel. Da können wir nicht um den Preis feilschen. Die Reparatur der Schüttung ist nicht in einem ½ Tag gemacht und wir müssen ein Fahrzeug mieten. Zusätzliche Info: Die Abfallentsorgung ist ein Eigenwirtschaftsbetrieb und belastet die Steuerrechnung nicht. Womit ich nicht sagen will, dass dort nicht auch auf die Ausgaben geachtet werden soll.

Herr Marc Jaisli: Die Frage ist damit geklärt. Ich finde die Miete übertrieben, weiss aber auch nicht, wie lange das Fahrzeug gemietet werden muss.

Unter dem Posten 7710.3111.00 werden Fr. 3'500.-- für einen Akku-Heckenschneider budgetiert. Im Konto des Friedhofs sind Fr. 7'000.-- Löhne budgetiert. Für diesen Lohn kann man nicht viel erledigen auf dem Friedhof. Wer macht diese Arbeit? Ich hab dann gesehen, dass es eine interne Verrechnung des Bauamts von Fr. 203'700.-- gibt. Also ist für mich klar, dass es ein Heckenschneider gar nicht braucht und Luxus ist. Das Bauamt macht den Job und dort hat es genug von diesen Werkzeugen. Wir stellen den **Antrag**, dass man diesen Posten um Fr. 3'500.-- reduziert und nur noch Fr. 1'000.-- für Unvorhergesehenes stehen lässt.

Herr Dimitri Spiess: Ich bitte um Auskunft des Gemeinderats.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Fr. 7'000.-- werden für die Hauswartung des Friedhofs eingesetzt. Dieser Betrag hat nichts mit dem Unterhalt des Friedhofs zu tun. Die Mitarbeitenden des Werkhofs brauchen Werkzeug um den Unterhalt des Friedhofs garantieren zu können. Diese Heckenschere brauchen sie und muss ersetzt werden. Es sind jeweils mehrere Teams unterwegs, die Hecken schneiden und die entsprechenden Werkzeuge benötigen.

Herr Ueli Kohler: Wird die Heckenschere ersetzt oder neu angeschafft?

Herr Matthias Keller, Werkmeister: Es gibt auf dem Friedhof keine Heckenscheren mehr, die SUVA-konform sind. Weil wir nicht nur auf dem Friedhof Hecken schneiden müssen, sondern an vielen anderen Orten ist es eine Neuanschaffung. Der Friedhofgärtner ist ein Mitarbeiter des Werkhofs und geht auf den Friedhof und macht dort den Unterhalt mit der Friedhof eigenen Gerätschaft.

Herr Marc Jaisli: Die Fr. 7'000.-- sind mir nicht klar.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Die Fr. 7'000.-- werden für die Hauswartung des Friedhofs eingesetzt. Sie haben nichts mit dem Werkhof zu tun.

Herr Marc Jaisli: Die Bauamtsmitarbeiter kommen vom Werkhof und nehmen das Werkzeug mit? Dann verstehe ich nicht, weshalb sie mehr als eine Heckenschere brauchen. Wir ziehen den Antrag nicht zurück.

Antrag Marc Jaisli

7710.3111.00 Anschaffung Geräte, Maschinen, Apparate

Unter obigem Konto werden Fr. 4'500.-- für Anschaffung Geräte, Maschinen, Apparate eingesetzt. Dieser Posten ist um Fr. 3'500.-- zu reduzieren (Akku-Heckenschere).

Abstimmung

Der Antrag wird klar abgelehnt. Auf eine Auszählung der Stimmen wird deshalb verzichtet.

Herr Marc Jaisli: Konto 7301.3111.00 Anschaffung Geräte, Maschinen usw. In den Bemerkungen steht, dass man 2 Altölsammelcontainer für Fr. 10'000.-- anschaffen möchte, Abfallbehälter für Fr. 7'000.-- und 2 Weissblechsammelcontainer für Fr. 11'000.--. Wir finden diese Preise übertrieben und stellen den **Antrag**, alle Positionen zu streichen.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Es geht um den Ersatz und nicht um Neuanschaffungen von 2 Ölsammelcontainern und Abfallbehältern. Die Kapazitätserweiterung mit 2 Weissblechsammelcontainern ist nötig. Es geht hier wiederum um einen Eigenwirtschaftsbetrieb.

Herr Marc Jaisli: Besten Dank für die Ausführungen. Wir **ziehen** den Antrag **zurück**.

Unter der Konto 7900.3132.00 werden Fr. 77'000.-- für Honorare externe Berater eingesetzt. Für Diverses und Reserven werden vom diesem Gesamtbetrag Fr. 15'000.-- eingesetzt. Wir sind der Meinung, dass in den anderen Positionen dieses Kontos bereits genug dafür budgetiert wird, weshalb wir die Position Diverses und Reserven streichen wollen. Der entsprechende **Antrag** liegt bereits bei Martin.

Frau Ineke Irniger: Ich finde es wichtig, dass ganz genau geplant werden soll, wie der Verkehr in Buchs rollen soll und wo gefährliche Stellen sind. Diesen Betrag möchte ich im Budget belassen. Es passieren viele Unfälle in Buchs und es wäre nötig, dass eine Behörde in Buchs begutachtet, wo gefährliche Stellen sind und entsprechend Massnahmen trifft.

Herr Marc Jaisli: Es geht um die unterste Position von der ich spreche. Um Diverses und Reserven. Es geht uns nicht darum, etwas abzubauen. Das was du erwähnt hast, braucht es.

Antrag Marc Jaisli

Konto 7900.3132.00 Honorar externe Berater

Unter obigem Konto werden Fr. 77'000.-- für Honorar externe Berater eingesetzt. Dieser Posten ist um Fr. 15'000.-- zu reduzieren (Diverses und Reserve).

Abstimmung

Der Antrag wird mit 20 : 18 Stimmen (bei 1 Enthaltung) abgelehnt.

Herr Marc Jaisli: Nochmals zum gleichen Posten 7900.3132.00. Für 2016 werden Fr. 25'000.-- für das Raumentwicklungskonzept (REK) eingesetzt. Was hat das REK 2015 gekostet und wie ist der Stand im Moment?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Wir haben zu Beginn dieses Projekts eine Offerte eingeholt. Gewisse Arbeiten wurden dann im 2015 erledigt und im 2016 wird das Projekt nun im Umfang von Fr. 25'000.-- abgeschlossen. Einige von euch sind in der Arbeitsgruppe selber beteiligt und die Bevölkerung wurde an einer Informationsveranstaltung im Herbst darüber informiert.

Herr Dimitri Spiess: Der Gemeinderat hat von sich aus im Konto 9630.3439.60 bei Liegenschaften Finanzvermögen Fr. 15'000.-- für Projektierungshonoraren eingespart. Um welche Projekte handelt es sich, die man einsparen will?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Dies war eine Reserveposition.

Herr Dimitri Spiess: **Antrag** zum Konto 9610.3409.01 Übrige Passivzinsen. Hier geht es darum, dass die Gemeinde Vermögen für die Eigenwirtschaftsbetriebe verwaltet. Die Gemeinde schenkt den Eigenwirtschaftsbetrieben einen Zins von 1 %. In der heutigen Wirtschaftslage und den Negativzinsen, die auf dem Finanzmarkt vorherrschen, finde ich diesen Zinssatz zu hoch. Unsere Gemeinde ist in einer finanziell angespannten Lage, wir haben ein Defizit und rennen in die Schulden. Hier macht es keinen Sinn, dass wir einen Zins von 1 % gewähren. Damit könnten wir 71'400.-- einsparen für die Steuergemeinde. Diese Reduktion ergibt in der Summe mehr als alle Beträge, die Marc Jaisli zur Streichung beantragt hat. Ich stelle den Antrag, dass der Zinssatz für Eigenwirtschaftsbetriebe neu auf 0.25 % festgelegt wird statt 1 %.

Herr Adrian Meier, Leiter Finanzen: Wir haben diese Zinsen schon massiv gekürzt. Die Eigenwirtschaftsbetriebe geben der Gemeinde Geld. Zu den Spitzenzeiten haben wir uns unter dem aktuellen Zinssatz bewegt. Mit einer weiteren Anpassung wird der gesamte Finanzaushalt der Eigenwirtschaftsbetriebe über den Haufen geworfen. Wir verlagern das Ertragsminus auf die Gebühren. Zahlen müssen wir es so oder so.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Hier handelt es sich um Geld, welches wir über Gebühren einnehmen. Wenn man dieses Geld nun streicht, dann müssen wir die Gebühren erhöhen. Ich bitte euch, davon Abstand zu nehmen. Es ist nicht korrekt, wenn wir dies machen.

Herr Dimitri Spiess: Ich habe mir dies auch überlegt. Ich finde einen stabilen Zinshorizont sinnvoll. Jetzt handelt es sich hier aber um Eigenwirtschaftsbetriebe. Alle anderen Wirtschaftsbetriebe müssen auch mit den momentanen Zinsen und der Frankenstärke leben, die wir im Moment haben. Die Eigenwirtschaftsbetriebe sollen eigenständig funktionieren und das Geld über die Gebühren einkassieren. In der Konsequenz muss man die Gebühren erhöhen. Unsere Steuergemeinde benötigt jeden Franken.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Mit diesem Geld unterhalten wir Kanalisation und die Wasserversorgung. Dies sind essentiell wichtig Kernaufgaben der Gemeinde, die mit Eigenwirtschaftsbetriebe finanziert werden. Dort kann man es sich nicht leisten, Geld zusammenzustreichen und schlussendlich marode Anlagen zu betreiben. Der Kehricht muss ebenfalls entsorgt werden und wir brauchen die nötigen Mittel dafür.

Herr Dimitri Spiess: Mich stört in dieser Diskussion, dass man für administrative Dienstleistungen neu Gebühren erhebt, die vorher gratis waren und dort anders argumentiert, z. B. bei der Einführung eines weiteren GAs. Dort spricht man von einem administrativen Mehraufwand und deshalb muss die GA-Gebühr erhöht werden. Gleichzeitig zieht man bei Eigenwirtschaftsbetrieben nicht gleich schlüssig nach und anerkennt, wie die Wirtschaftslage aktuell ist.

Antrag Dimitri Spiess

9610.3409.01 Übrige Passivzinsen

Der Zinssatz für die Vermögen der Eigenwirtschaftsbetriebe wird neu auf 0.25 % anstatt 1 % festgelegt. Dies ergibt eine Reduktion um 74'400.-- des Kontos 9610.3409.01.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 29 : 10 Stimmen abgelehnt.

Die Diskussion wird nicht weiter gewünscht.

INVESTITIONSRECHNUNG

Es wird keine Diskussion gewünscht.

Antrag

Das Budget 2016 sei zu genehmigen und der Steuerfuss auf 102 % festzusetzen.

Herr Ueli Kohler: Ich stelle folgenden **Antrag**: Der Steuerfuss im Budget 2016 soll nicht erhöht und somit den Stimmberechtigten gleichbleibend mit 97 % zur Abstimmung vorgelegt werden. Begründung: Mit Ausnahme der klaren Aufwandreduktionen, welche die Verantwortlichen der Kreisschule Buchs-Rohr vorgesehen haben, hat der Gemeinderat im neu vorgelegten Budget 2016 leider keine weiteren wesentlichen Einsparungen aufgeführt. Im Gegenteil, z. B. steigen der Lohnaufwand sowie die externen Honorare um rund Fr. 100'000.--. Dies ist nicht nachvollziehbar, wenn wir laut Gemeinderat doch nur ca. 5 % aller Ausgaben beeinflussen können. Weiter ist für mich nicht klar, ob vor allem bei kleinen Positionen, über die wir hier diskutiert haben, das Gebot der Notwendigkeit, Dringlichkeit und Wirtschaftlichkeit gegeben ist. Auf der anderen Seite werden zwei wichtige Faktoren ausgeblendet. Tony Süess hat es zwar eingangs in den Ausführungen erwähnt: Ab dem 1. Januar 2016 werden auch in Buchs 10 % Zuschlag für die Festlegung der Eigenmietwerte berechnet. Dies generiert ebenfalls Mehreinnahmen bei den Steuern. Dies ist eine positive Nachricht. Mit dem neuen Finanzausgleich infolge Aufgabenverschiebung von den Gemeinden zum Kanton werden die Gemeinden ab 2017 voraussichtlich um durchschnittlich 4 % bei den Kantonssteuern entlastet. Dannzumal werden aber auch die Kantonssteuern erhöht. Wird Buchs dann im Gegenzug den Steuerfuss wieder senken? Das wage ich zu bezweifeln. Dann haben wir eine weitere Steuererhöhung. Nicht nur die des Kantons, sondern auch die der Gemeinde. Schlussendlich sind auch die meisten budgetierten Investitionen noch nicht klar. Es müssen zuerst entsprechende Projekte mit Verpflichtungskrediten erarbeitet und danach dem Einwohnerrat vorgelegt werden. Werner Schenker hat immer wieder von der Schuldenlast gesprochen, die wir uns aufladen. Wenn ich 8 bis 10 Jahre zurückschaue, was damals vorausgesagt wurde, dann hätte Buchs heute etwa 28 Mio. Franken Schulden. Wir haben nun 7 Mio. Franken. Hier ist noch nichts klar in Sicht. Ich denke, auch den Stimmbürgern, welche an der Urne die erste Budgetfassung mit über 60 % klar abgelehnt und damit ein Zeichen gesetzt haben, ist klar, dass wir für unser Gemeinwohl mit einer guten und effizienten öffentlichen Hand, Steuern bezahlen müssen. Eine Steuerfusserhöhung sollte aber erst beantragt werden, wenn erstens eine klare Ausgabenreduktion vorgenommen wurde (und man kann sparen, wir haben es heute Abend gesehen), zweitens die allfälligen Mehreinnahmen aufgezeigt werden und drittens die wirklich notwendigen und erforderlichen Investitionen entsprechend aufgegleist sind. Wenn dies alles klar und erkannt wird, dass Einschränkungen getätigt wurden, die auch mal wehtun und auf der anderen Seite wollen wir was, wenn dies klar ist, ist auch eine Steuerfusserhöhung politisch durchsetzbar. Aber jetzt wird es schwierig. Der Gemeinderat sagt selber, eigentlich bräuchte es viel mehr - aber politisch machbar vielleicht 100 %. Ich wage dies zu bezweifeln. Heute sehe ich die drei erwähnten Punkte noch nicht erfüllt. Deshalb bin ich der Meinung, wir sollten den Steuerfuss bei 97 % belassen. Dann haben wir ganz bestimmt ein Budget. Wenn wir mit 100 % vors Volk gehen, besteht die Gefahr, dass dies vom Volk abgelehnt wird. Dann beschliesst der Regierungsrat. Dies steht der Gemeinde Buchs nicht. Beschliesst 97 % und wenn transparent aufgezeigt werden kann, dass mehr nötig ist, die Investitionen klar sind, dann sagen wir, was wirklich nötig ist. Dann ist eine Steuerfusserhöhung durchsetzbar.

Frau Jasmin Blaser: Auch ich möchte euch nochmals daran erinnern. Die Bevölkerung von Buchs hat an der Abstimmung ein klares Wort gesprochen. Sie wollen keine Steuererhöhung. Wir von der SVP Buchs werden den Antrag der FDP unterstützen.

Herr Werner Schenker: Ich möchte zum Antrag von Ueli Kohler noch etwas sagen. Er sagt etwas von einem Spielraum, der in diesem Budget besteht. Wir haben das Budget gemeinsam um rund Fr. 38'000.-- reduziert. Ihr wolltet Fr. 352'500.-- sparen, was aber nicht ging. Der Spielraum ist also minim. Ich habe tatsächlich Angst vor dieser Schuldenlast. Ich weiss, dass wir auch früher schon Schulden hatte und dass wir diese abtragen konnten. Die Finanzlage ist aber nicht so, dass man absehen kann, wann man die Schulden zurückzahlen könnte. Diese Situation ist anders als zu deinem Beispiel. Zu den Investitionen: Unser Dorf hat die Haltung, dass gesagt wird, es sei nicht klar, welche Investitionen auf uns zukommen. Und dies stimmt ja auch. Dies hat z. B. mit Schulverträgen zu tun. Wir haben dabei die Haltung, dass wir sagen, sehr wahrscheinlich kommt dies ja dann doch nicht. Und dies finde ich extrem gefährlich. Das Schulhaus Risiacher muss saniert werden. Dies ist eines von vielen Beispielen. Wollen wir den Schuldenberg stabil halten, müssten wir einen Steuerfuss von 118 % beantragen. Dies ist natürlich illusorisch. Ich finde jedoch, wir sollten hier ein Zeichen setze und uns nicht mit dem Volkswillen zufrieden geben. Ich stelle den **Antrag**, den Steuerfuss sei auf 104 % festzulegen.

Herr Gemeinderat Tony Süess: Wenn sich heute der Steuerfuss von 97 % durchsetzen sollte, dann gehe ich auch davon aus, dass das Volk diesen annehmen wird. Wenn wir uns heute auf 100 % einigen und die Bevölkerung lehnt den Steuerfuss ab, dann entscheidet der Regierungsrat. Die Erfahrung zeigt, dass die Regierung nie unter Antrag des Gemeinderats geht. D. h. der Steuerfuss wird mindestens 100 % betragen, wenn nicht noch mehr.

Frau Franziska Lüscher: Im Namen der SP Buchs stelle ich den **Antrag** den Steuerfuss für das Jahr 2016, so wie es der Gemeinderat in seiner ersten Version vorgeschlagen hat, auf 102 % festzusetzen. Die Gründe dazu habe ich zum Teil bereits in der Stellungnahme der SP Buchs zum neu vorgelegten Budget 2016 dargelegt und will diese deshalb nur noch kurz festhalten:

- wirtschaftlich bedingter Rückgang der Steuererträge von juristischen Personen
- anstehende dringliche Investitionen und damit verbundene höhere Verschuldung der Gemeinde
- mangelnde Nachhaltigkeit
- Gefahr von Leistungsabbau
- Gefahr eine Gemeinde zu werden, die nur noch finanziell verwaltet wird und keinen Spielraum mehr hat um sich ein eigenes attraktives Profil zu leisten.

Herr Beat Spiess: Ich möchte noch etwas zur Position der FDP sagen. Die FDP besteht nicht nur aus Ueli Kohler. Er hat an unserer Versammlung gefehlt. Wir waren einstimmig der Meinung, dass wir den Antrag des Gemeinderats mit 100 % unterstützen. Egal wie die Abstimmung um den Steuerfuss schlussendlich ausgeht, ist es wichtig, dass der Antrag, der am Schluss obsiegt, unterstützt wird, auch von denen, die unterlegen sind. Als Einwohnerrat wollen wir doch das Heft in der Hand behalte und nicht zeigen, dass wir ein gespaltener Rat sind. Bitte nehmt in der Schlussabstimmung den Antrag an, so dass dem Budget mit einer grossen Mehrheit zugestimmt wird.

Herr Hans Hartmann: Lieber Beat Spiess, das Heft haben wir wohl schon lange aus der Hand gegeben bei 94 % gebundenen Ausgaben. Ich habe keine Angst vor dem Regierungsratsentscheid. Vermutlich würde er 100 % beschliessen. Ich bin mir jedoch ganz sicher, dass er das Budget kürzen wird. Und dies ist mir wichtig. Dies war bei allen bisherigen Gemeinden so. Ich sage, lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Unser Steuerfuss wird immer weiter steigen. Es ändert sich nie was, sondern wird immer schlimmer. Wir müssen ein Zeichen setzten. Ich stimme dem Antrag von 97 % zu.

Herr Urs Füllemann: Die Gemeinde ist in einer finanziell schwierigen Situation. In der aktuellen schwierigen Wirtschaftslage haben die Gemeinden generell Mühe, ihre finanzielle Situation ins Lot zu bringen. Ich persönlich bin der Meinung, dass wir das Heft nicht aus der Hand geben sollten. Fremdbestimmung ist immer schlecht. Es ist schlecht gegen aussen. Man setzt ein Zeichen. Ich bin nach wie vor der Meinung, Buchs ist eine gut geführte Gemeinde und wir müssen auch dafür sorgen, dass wir selbstständig bleiben

können und keine Fusionen anstreben. Dies weckt Begehrlichkeiten. Aarau möchte schon lang fusionieren. Wenn wir nach Europa schauen: je grösser die Konglomerate werden, je mehr Kommissionen entstehen, je komplexer wird die ganze Angelegenheit. Ich bin der Meinung, wir müssen nun politisch taktisch vorgehen sollten und ich setze mich dafür ein, dass der Steuerfuss bei 97 % belassen wird.

Herr Joel Blunier: Die EVP unterstützt den Antrag des Gemeinderats. Natürlich ist dies ein pragmatischer Ansatz in Anbetracht dessen, was wir an der Urne erlebt haben. Wer weiss, vielleicht ist das Volk weiser als wir alle, die wir das Gefühl haben, wir wissen, was der Wille des Volkes sei. Vielleicht war das Volk nicht einverstanden damit, dass der Einwohnerrat ein unausgeglichenes Budget vorgelegt hat und uns voraus ist. Wer weiss.

Herr Dimitri Spiess: Ich möchte die SVP daran erinnern, dass sie 100 % vorgeschlagen hat. Es wäre nur konsequent, wenn man dies so weiterziehen würde. Ich spüre die Pflege eines Fatalismus, in Bezug wie die Gemeinde Buchs dastehen soll, so quasi der Regierungsrat soll entscheiden etc. Ich wäre sehr froh, wenn wir nun ausringen könnten, welchen Steuerfuss wir wollen und dann als Rat in die Bevölkerung gehen und erklären, wie die finanzielle Lage aussieht, was für Investitionen anstehen und um was es wirklich geht. Sei es im Bekanntenkreis, im Freundeskreis, bei Nachbarn, in der Familie, bei allen Buchserinnen und Buchsern. Mit dem Ziel, dass wir das Budget, welches wir als Rat beschliessen, durchbringen können und zu einem würdigen Ende bringen.

Herr Marc Jaisli: Ich war an der letzten Budget-Einwohnerratssitzung starker Befürworter der 100 %. Ich habe dafür Werbung gemacht. Der Gemeinderat dachte, 102 % sei gut und ich hab damals schon gesagt, dieser Antrag muss beim Volk dann auch noch durchkommen. Jetzt sind auch sie zum Schluss gekommen, dass 100 % wohl besser sei. An der FGPK-Sitzung bei 8 Anwesenden war ich der einzige, der das Budget abgelehnt hat. Alle sind aus allen Wolken gefallen. Ich habe den Volkswillen umgesetzt. Ich habe Anträge gestellt. Ich wollte Budgetpositionen streichen. Wir haben diese Positionen innerhalb der Partei besprochen. Ich bin enttäuscht von den Herren der FDP, dass sie den Volkswillen nicht umsetzen wollen. Ich und der Grossteil der SVP werden das Budget annehmen, so wie es jetzt steht, aber mit einem Steuerfuss von 97 %. Dann können wir darüber diskutieren, ob es an den Regierungsrat weitergeht oder nicht.

Antrag Ueli Kohler

Der Steuerfuss für das Jahr 2016 sei bei 97 % zu belassen.

Antrag Werner Schenker

Der Steuerfuss für das Jahr 2016 sei neu auf 104 % zu erhöhen.

Antrag SP Buchs

Der Steuerfuss für das Jahr 2016 sei auf 102 % zu erhöhen.

Abstimmungen

Gegenüberstellung des Antrags von Ueli Kohler

Der Steuerfuss sei bei 97 % zu belassen.

und des Antrags von Werner Schenker

Der Steuerfuss sei auf 104 % zu erhöhen.

Der Antrag von Ueli Kohler obsiegt mit 23 : 12 Stimmen (bei 4 Enthaltungen).

Gegenüberstellung des Antrags von Ueli Kohler

Der Steuerfuss sei bei 97 % zu belassen.

und des Antrags der SP Buchs

Der Steuerfuss sei auf 102 % zu erhöhen.

Der Antrag von Ueli Kohler obsiegt mit 22 : 17 Stimmen.

Gegenüberstellung des Antrags von Ueli Kohler

Der Steuerfuss sei bei 97 % zu belassen.

und des Antrags des Gemeinderats

Der Steuerfuss sei auf 100 % festzusetzen.

Der Antrag des Gemeinderats obsiegt mit 26 : 13 Stimmen.

Antrag

Dem Einwohnerrat wird beantragt, das Budget 2016 zu genehmigen und den Steuerfuss auf 100 % festzusetzen.

Schlussabstimmung

Dem Antrag wird mit 26 : 13 Stimmen zugestimmt. Dieser Beschluss unterliegt dem obligatorischen Referendum.

Eingänge

Motion von Dimitri Spiess, SP Buchs, betreffend Regionale Schiessanlage im Lostorf

Herr Dimitri Spiess, SP Buchs, reicht folgende Motion ein:

Die Gemeinde Buchs tritt auf den 1. Januar 2017 aus dem Gemeindeverband Schiessanlage Lostorf aus.
Ich habe die Begründung bereits in der Budgetdebatte gegeben und wiederhole diese nicht nochmals.

Damit ist die Motion zur Kenntnis gebracht.

Eingänge**Anfrage von Dimitri Spiess, SP Buchs, betreffend Kulturkommission**

Herr Dimitri Spiess, SP Buchs, reicht folgende Anfrage ein:

Im Budget 2016 wurden die Sitzungsgelder für die Kulturkommission um Fr. 7'000.-- reduziert. Wir jetzt von Seiten Gemeinde weniger in die Kultur investiert? Wie steht es um das Kulturkonzept der Gemeinde?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Vize-Gemeindeammann und Ressortchef Kultur Hansruedi Werder musste die Sitzung wegen eines Notfalls frühzeitig verlassen, deshalb beantworte ich diese Anfrage. Die Kulturkommission hat ein neues Pflichtenheft erarbeitet, welches der Gemeinderat genehmigt hat. Dieses gilt ab 1. Januar 2016. Die Reduktion hat die Kulturkommission beantragt. Man kann nicht sagen, es wird weniger in Kultur investiert, sondern weniger in Sitzungsgelder. Das Konzept ist nun ein anderes. Der Betrag zur Unterstützung der Kultur wurde nicht gekürzt. Ende des Jahres kann man Bilanz ziehen.

Herr Dimitri Spiess: Dann kann ich morgen auf die Gemeinde und das Konzept einsehen?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Es ist ein Pflichtenheft. Dies ist in der Gemeinde selbstverständlich aufbewahrt.

Damit ist die Anfrage beantwortet.

Traktandum 5

Verschiedenes

Herr Dimitri Spiess: Ich wurde von Frauen aus dem Publikum darauf angesprochen, ich sollte nicht auf Hahnenkämpfe eingehen. Dies tut mir leid. Wir haben ein Budget beschlossen. Der Gemeinderat hat ein paar Vorschläge gemacht, in der 1. Lesung hat er beim Kindernetzwerk gespart, in der 2. Lesung hat der das Stillgeld gestrichen. Dies sind ganz sicher Beschlüsse, die nicht im Sinne der Frau sind. Das Männergremium hat entschieden, es fehlt die weibliche Seite. Im Hinblick darauf und dass ich von 2 Frauen angesprochen wurde, möchte ich kundtun, dass ich jede Frauenkandidatur für den Gemeinderat in einem Jahr unterstütze, ob von linker oder rechter Seite.

Sitzordnung

Vor 2 Jahren hat Urs Zbinden eine neue Sitzordnung eingeführt. Dies mit dem Ziel, dass sich die Mitglieder besser sehen und die Debatten lebendiger werden. Die neue Sitzordnung führte aber immer wieder zu Diskussionen. Es folgten einzelne Voten von Mitgliedern des Einwohnerrats. Einige möchten gerne zur alten Sitzordnung zurückkehren, andere möchten die jetzige beibehalten. Schlussendlich kommt es zu einer Abstimmung. Die alte Sitzordnung wird der neuen Sitzordnung gegenübergestellt. Die Mehrheit spricht sich für die neue Sitzordnung aus. Es sind sich jedoch alle einig, dass die Parteien selber entscheiden sollen, wo welches Mitglied innerhalb der Fraktion sitzt. Allenfalls gibt es noch Optimierungsmöglichkeit, dass die Parteien, momentan die SVP, nicht gesplittet werden muss. Präsident Martin Gysi bitte die Fraktionen, sich zu beraten und ihm Vorschläge zur Optimierung der jetzigen Sitzordnung zu unterbreiten.

Information von Gemeinderat Anton Kleiber zur Integrationskommission

Im Januar gab es eine Sitzung mit den Mitgliedern der Integrationskommission und verschiedenen Fraktionen. Wir haben kritisch und fruchtbar diskutiert. Wir konnten verschiedenen Punkte in die Kommission mitnehmen und haben den Auftrag gefasst, die Zielsetzungen, die der Einwohnerrat der Kommission vor einige Jahren gegeben hat, zu überarbeiten und neue Zielsetzungen zu formulieren. Wir möchten vor den Sommerferien mit einem Vorschlag an den Einwohnerrat gelangen um auch hier bestätigt zu haben, ob wir auf dem richtigen Weg sind.

Information von Gemeinderat Anton Kleiber betreffend Schule

Momentan haben wir in den Steuerungsgruppen zwei Themen soweit aufbereitet, dass wir mit der politische Resonanz nach den Sportferien darüber diskutieren können. Es gibt teilweise verschiedene Varianten, die besprochen werden müssen. Es geht um das Immobilienmanagement und die Schulsozialarbeit. Im Weiteren werden momentan noch andere Themen wie z. B. die Satzungen besprochen. Sobald wir in der Steuerungsgruppe solch einen Themenblock abgeschlossen haben, werden wir erneut auf die politische Resonanz zukommen. Der Prozess gestaltet sich dann weiter so, dass die Meinungen der politischen Resonanz in die Steuerungsgruppe einfließen, darüber in der Gruppe nochmals diskutiert wird, allenfalls Anpassungen vorgenommen werden und dann Schritt für Schritt ein Gesamtpaket entsteht. Im Zeitplan, der sehr ehrgeizig ist, sind wir noch. Es braucht viel Engagement von allen Seiten.

Dank

Der Präsident dankt Debora Strub, Armin Meier, dem Polizisten Rolf Frei sowie der Lernenden Alessia Garani, die für das Gelingen der Sitzung verantwortlich waren.

5033 Buchs AG, 18. Januar 2016

Einwohnerrat Buchs AG

Der Präsident

Die Protokollführerin

Martin Gysi

Sonja Büchli